

*Hilmar Schneider*

Demographie kein Rettungsanker – Kommentar

*Christian Dreger/Joachim Ragnitz*

Kürzung von Transferleistungen für die ostdeutschen  
Bundesländer: Nur kurzfristig kontraktive Effekte

*Gerald Müller*

Wirkung der Investitionsförderung auf das  
Investitionsvolumen in den neuen Bundesländern

*Ruth Grunert*

Bei Annäherung weiterhin Besonderheiten der  
Konsumstruktur in Ostdeutschland

*Axel Brüggemann/Martina Kämpfe*

EU-Osterweiterung:  
Qualität hat Vorrang vor Geschwindigkeit

*Siegfried Beer*

Branchenskizze:  
Ostdeutsche Industrie der Metallverarbeitung

*Brigitte Loose*

IWH-Bauumfrage im April 2000

**7/2000**

30. 05.2000, 6. Jahrgang

## Kommentar

### Demographie kein Rettungsanker

Die Zeichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung in Westeuropa sind so günstig wie lange nicht mehr. In nahezu allen Regionen der Welt befindet sich die Wirtschaft auf Expansionskurs. Die ökonomischen Krisen der jüngsten Vergangenheit scheinen überwunden. Dies gilt insbesondere für Asien und Lateinamerika, aber auch in weiten Teilen Mittel- und Osteuropas ist die wirtschaftliche Erholung nach den anfänglichen Transformationswirren offensichtlich. All dies sind beste Wachstumsvoraussetzungen für eine exportorientierte Wirtschaftsnation wie Deutschland. Von diesem Wachstum wird auch der Arbeitsmarkt profitieren. Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für das laufende Jahr mit einem Stellenzuwachs um 160.000 Personen und im kommenden Jahr mit einer weiteren Zunahme um 280.000 Stellen. Die Bundesanstalt für Arbeit wagt eine Prognose in vergleichbarer Größenordnung bereits für das Jahr 2002. Fast über Nacht scheint damit die in Deutschland über lange Jahre gewachsene Resignation am Arbeitsmarkt einer Euphorie gewichen, die nun allerdings zu überschießen droht.

Im Überschwang der guten Nachrichten sprechen erste Stimmen bereits von der Halbierung der Arbeitslosigkeit bis 2010. Gestützt werden solche Erwartungen nicht nur von einer optimistischen Fortschreibung der derzeitigen Wachstumsaussichten, sondern auch von der absehbaren demographischen Entwicklung. Diese wird dazu führen, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bei gleichbleibender Gesamtbevölkerung abnimmt und somit eine vermeintliche Entlastung am Arbeitsmarkt eintritt. Allein bis zum Jahr 2010 wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach einer Prognose des IWH um knapp eine Mio. Personen gegenüber dem Jahr 2000 schrumpfen. Dieser Prozess dürfte sich in der weiteren Zukunft in ähnlicher Weise fortsetzen. Im Hinblick auf die erwartete Entlastung am Arbeitsmarkt ist jedoch eine ernsthafte Warnung angebracht.

Es gibt mindestens zwei Trends, die den erwarteten Entlastungseffekt zunichte machen dürften. Der erste besteht in der seit langem zu beobachtenden Zunahme der Erwerbsorientierung von Frauen. Schreitet dieser Prozess mit dem Tempo der Vergangenheit fort, was angesichts der zu beobachtenden gesellschaftlichen Trends stark anzunehmen ist, reicht dieser Verhaltenseffekt bereits für sich allein genommen aus, die demographische Entwicklung mindestens zu kompensieren. Umso verschärfender wirkt der zweite Trend, der sich als direkte Konsequenz der demographischen Entwicklung ergibt: Da der überproportionale Abgang aus dem Erwerbsleben gleichbedeutend ist mit einem überproportionalen Anstieg der Rentenbezieher, steigt die Belastung der Beitragszahler in die gesetzliche Rentenversicherung, mutmaßlich auch die Beitragsbelastung für die gesetzliche Krankenversicherung. Heute kommen auf eine Person im Alter über 65 knapp 4 Personen im erwerbsfähigen Alter. Bis zum Jahr 2010 wird die Zahl der potentiellen Beitragszahler pro Rentenempfänger auf 3,4 gesunken sein. Dies ist beim derzeitigen Rentenfinanzierungssystem gleichbedeutend mit einem Anstieg der Arbeitskosten, der sich für einen Arbeitsmarkt im internationalen Kostenwettbewerb kaum arbeitsplatzneutral auswirken dürfte. Vielmehr ist zu befürchten, dass der Anstieg der Beitragsbelastung Arbeitsplätze gefährdet. Eine Beitragssatzsteigerung in der gesetzlichen Rentenversicherung um beispielsweise einen Prozentpunkt zieht nach vorliegenden Schätzungen einen Arbeitsplatzverlust um knapp 0,5 % nach sich. Von daher ist die demographische Entlastung keineswegs als beruhigende, sondern eher als alarmierende Nachricht zu verstehen.

Der Reformdruck in Deutschland kann folglich nicht als erledigt betrachtet werden. Wachstumsorientierte Reformen in der Steuer- und Rentenpolitik sind weiterhin notwendig, um die Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Wird der Reformdruck aufgrund zu euphorischer Erwartungen ignoriert, könnte sich der positive Tenor der Nachrichten aus der Wirtschaft schneller als gedacht wieder in die gewohnte Katastrophenstimmung verwandeln.

*Hilmar Schneider  
(his@iwh.uni-halle.de)*

# Kürzung von Transferleistungen für die ostdeutschen Bundesländer: Nur kurzfristig kontraktive Effekte\*

- Ergebnisse von Simulationsrechnungen -

*Der sogenannte Solidarpakt, der seit 1995 die Finanzausgleichsleistungen für die ostdeutschen Bundesländer regelt, läuft nach derzeitigem Rechtsstand im Jahre 2004 aus. Vor diesem Hintergrund haben die ostdeutschen Länder das IWH beauftragt, mit Hilfe von Simulationsrechnungen zu untersuchen, welche gesamtwirtschaftlichen Folgen mit einer deutlichen Kürzung der Transfers verbunden wären. Hauptergebnis ist, dass der hierdurch bedingte Nachfrageausfall erhebliche Einbußen bei Produktion und Beschäftigung nach sich zöge, längerfristig aber kompensierende Gegenimpulse wirksam würden. Die Stärke dieser expansiven Effekte ist dabei entscheidend von der Art der alternativen Verwendung der eingesparten Transferleistungen abhängig.*

Auch im Jahre 2000 bleibt die Wirtschaftskraft der neuen Länder deutlich hinter derjenigen Westdeutschlands zurück. Dies hat erhebliche finanzpolitische Konsequenzen, denn es resultieren hieraus geringe Steuer- und Beitragseinnahmen, die wiederum einen erheblichen Transferbedarf implizieren: Nimmt man alles zusammen, so belaufen sich die Mittelzuflüsse aus Westdeutschland – nach Abzug der in Ostdeutschland anfallenden Einnahmen – auf rund 140 Mrd. DM jährlich. Die Inlandsnachfrage in den neuen Ländern wird damit zu mehr als einem Viertel durch extern bereitgestellte Mittel gestützt. Ein erheblicher Teil der öffentlichen Transfers dient dabei der Deckung von Finanzierungslücken in den öffentlichen Haushalten der neuen Länder.

Bis zum Jahre 2005 wird sich die Steuerkraft der ostdeutschen Länder aller Voraussicht nach nicht grundlegend verbessert haben. Dennoch wird es nach derzeitiger Rechtslage dann zu einer deutlichen Reduktion der öffentlichen Transfers für Ostdeutschland kommen. Zur Disposition stehen jährlich insgesamt 25 Mrd. DM öffentlicher Leistungen: Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von 14 Mrd. DM, zweckgebundene Finanz-

hilfen für den Ausbau der Infrastruktur im Umfang von 6,6 Mrd. DM und Ausgaben für die ostdeutschland-spezifische Wirtschaftsförderung für Unternehmen in Höhe von bis zu vier Mrd. DM. Zwar haben inzwischen der Bund und die westdeutschen Länder bekräftigt, dass Ostdeutschland auch nach dem Jahre 2004 mit finanzieller Hilfe rechnen kann; wie hoch diese Leistungen dann aber sein werden, muss erst noch ausgehandelt werden.

Vor diesem Hintergrund hat das IWH untersucht, welche Auswirkungen eine Kürzung der disponiblen Transferleistungen für die neuen Bundesländer auf mittlere Sicht hätte. Hierzu wurden eine Reihe von Simulationsrechnungen mit dem makroökonomischen Modell des IWH durchgeführt.<sup>1</sup> Zwar ist ein solches Modell für prognostische Zwecke nur eingeschränkt verwendbar. Gleichwohl ermöglichen diese Rechnungen eine empirisch gestützte Analyse der Wirkungsketten, über die unterschiedliche Maßnahmen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinflussen. Auf diese Weise können derartige Simulationsrechnungen zu einer verbesserten Entscheidungsfindung der wirtschaftspolitischen Akteure beitragen.

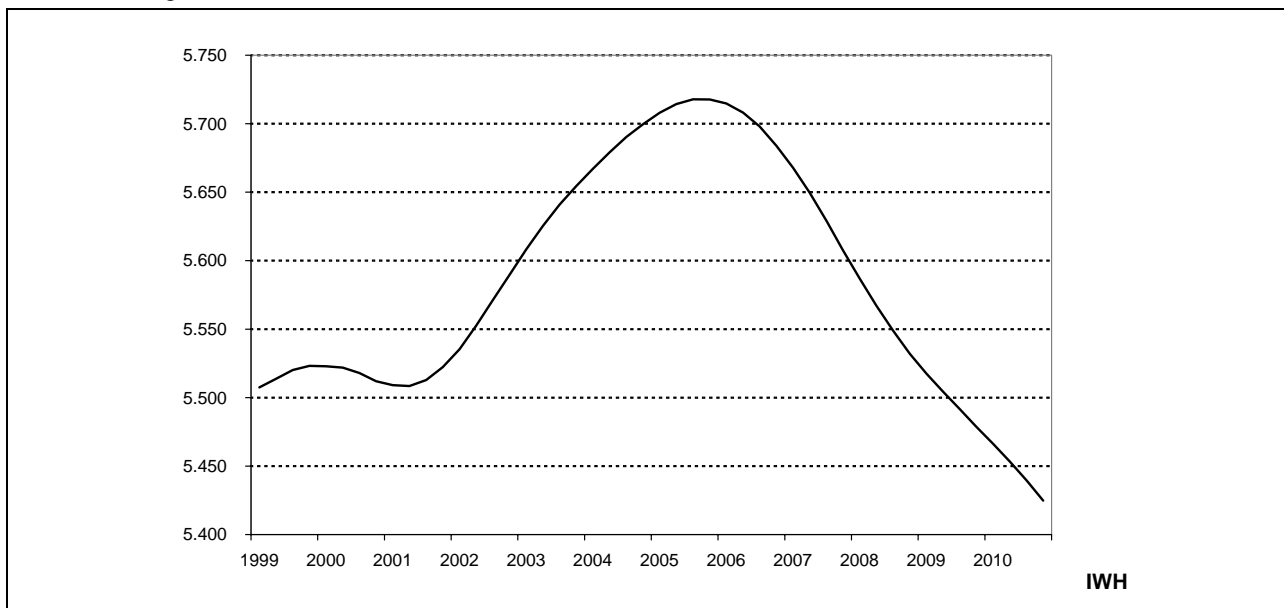
## Referenzszenario

Um die Auswirkungen einer Kürzung von Transferleistungen abschätzen zu können, ist in einem ersten Schritt zu ermitteln, wie sich wichtige ökonomische Größen unter der Annahme unveränderter Transferzuflüsse entwickeln würden. Dabei ist unterstellt, dass aus der Vergangenheit bekannte Verhaltensweisen der wirtschaftlichen Akteure auch in Zukunft gelten und dass über die bereits bekannten Maßnahmen hinaus keine zusätzlichen wirtschaftspolitischen Eingriffe stattfinden. Die Ergebnisse dieser Rechnungen werden hier als Referenzpfad zur Beurteilung der Auswirkungen ver-

\* Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Gutachten, das vom IWH im Auftrag der ostdeutschen Länder erarbeitet worden ist. Vgl. RAGNITZ, J.; DREGER, C.; KOMAR, W.; MÜLLER, G.: Simulationsrechnungen zu den Auswirkungen einer Kürzung von Transferleistungen für die neuen Bundesländer. IWH-Sonderheft 2/2000.

<sup>1</sup> Das makroökonomische Modell des IWH erlaubt unter anderem die simultane Schätzung der Entstehung, der Verteilung und der Verwendung des Bruttoinlandsprodukts, wobei die Parameter der Verhaltensgleichungen des Modells aus Quartalsdaten des Stützzeitraumes 1975 bis 1998 geschätzt werden. Für die hier untersuchte Fragestellung wurde aus datentechnischen Gründen eine gesamtdeutsche und eine allein auf Westdeutschland bezogene Modellversion verwendet; die Variablen für Ostdeutschland werden als Differenz berechnet.

Abbildung 1:  
Referenzpfad der abhängigen Beschäftigung in Ostdeutschland  
- Saisonbereinigt, in 1.000 Personen -



Quellen: Berechnungen und Schätzungen des IWH.

ringierter Transferleistungen herangezogen; sie stellen keine Prognose der zu erwartenden Entwicklung dar.

Für Gesamtdeutschland ergeben die Modellrechnungen für den Simulationszeitraum (2000 bis 2010) einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von jahresdurchschnittlich gut 2 %. Die Beschäftigung nimmt dabei zunächst um etwa 600.000 Personen zu, bevor in der zweiten Hälfte des Simulationszeitraums eine Reduktion der Beschäftigtenzahl um knapp 200.000 Personen eintritt. In Ostdeutschland wäre dabei über den gesamten Zeitraum ein höheres Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu verzeichnen als in Westdeutschland; es dürfte etwa bei 4 % pro Jahr liegen.

Hinsichtlich der Beschäftigung ergeben die Simulationsrechnungen für die neuen Länder hingegen ein eher gemischtes Bild: Während nämlich in der ersten Hälfte des Simulationszeitraums die Zahl der Beschäftigten deutlich ansteigt und bis zum Jahr 2006 in etwa wieder den Stand des Jahres 1996 erreicht, kommt es danach zu einem Beschäftigungsrückgang, weil die Arbeitskosten beschleunigt ansteigen. Gegen Ende des Simulationszeitraumes würde das Beschäftigungsniveau etwas niedriger sein als im Jahre 1999 (vgl. Abbildung 1). Ein korrespondierender Anstieg der Arbeitslosenquote tritt allerdings nicht ein, weil gleichzeitig das Arbeitsangebot demographisch bedingt zurückgeht. Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland würde deshalb in der zweiten Hälfte des Simulationszeitraumes

im großen und ganzen auf dem im Jahre 2006 erreichten Niveau von etwas mehr als 12 % verharren.

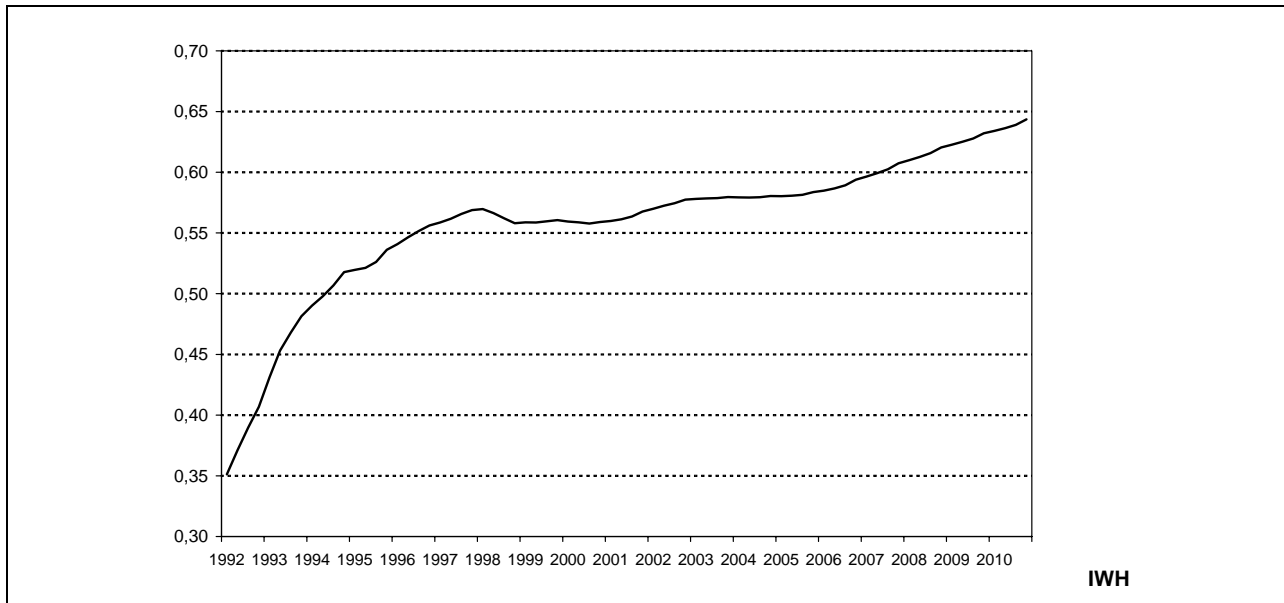
Zu einer weiteren Annäherung der Produktivitäten<sup>2</sup> an westdeutsches Niveau wird es nach diesen Ergebnissen erst mittelfristig kommen; bis zum Jahre 2005 stagniert das Produktivitätsniveau bei insgesamt gleichgerichteter Entwicklung von Produktion und Beschäftigung auf einem Niveau von weniger als 60 % des westdeutschen Wertes. Ab dem Jahre 2005 ist dann zwar eine zunehmende Annäherung zu erwarten, doch dürfte deren Tempo erheblich niedriger als etwa in der ersten Hälfte der neunziger Jahre liegen. Zuletzt würde nach diesen Rechnungen ein Niveau der Arbeitsstundenproduktivität von rund 65 % des westdeutschen Wertes erreicht sein (vgl. Abbildung 2).

### **Annahmen der Simulationsrechnungen**

Im Folgenden werden auf der Basis von Simulationsrechnungen die Nettowirkungen ermittelt, die mit einem Abbau der Sonderförderung in Ostdeutschland ab dem Jahr 2005 verbunden sind. Es wird dabei unterstellt, dass die jährlichen Zahlungen für Ostdeutschland im Rahmen des Solidarpaktes vom Jahre 2005 an schlagartig um 18 Mrd. DM reduziert werden. Hiervon entfallen 5 Mrd. DM auf die Wirtschaftsförderung (Einschränkung der Investitionsförderprogramme sowie Kürzung von Lan-

<sup>2</sup> Hier wird die Produktivität als nominale Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde gemessen.

Abbildung 2:  
 Nominales Produktivitätsniveau Ostdeutschlands in Relation zu Westdeutschland (= 1)  
 - Saisonbereinigte Ergebnisse, 1992 bis 2010 -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

desprogrammen), 7 Mrd. DM auf die wirtschaftsnahe Infrastruktur (in erster Linie Finanzhilfen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost und anteilig Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen) und 6 Mrd. DM auf konsumtive Staatsausgaben. Zwar sind nach derzeitigem Rechtsstand die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in vollem Umfang (14 Mrd. DM) bis zum Jahre 2004 befristet; realistischer erscheint es allerdings, lediglich eine teilweise Kürzung dieser Mittel anzunehmen.<sup>3</sup> Diese wurde hier mit 7 Mrd. DM jährlich veranschlagt.

Angesichts der hohen Transferabhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft ist es offensichtlich, dass eine Kürzung von Transferleistungen in der hier unterstellten Höhe sich zunächst dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern auswirkt, denn die eingesparten Transfers machen gut 2 % der ostdeutschen Inlandsnachfrage aus. Auch die westdeutsche Wirtschaft wird durch die Transferkürzungen zunächst negativ betroffen, weil Nachfrage aus Ostdeutschland ausfällt. Darüber hinaus werden aber in beiden Landesteilen expansive Gegenimpulse wirksam, deren Stärke von der alternativen Verwendung der eingesparten

Mittel abhängig ist. Hier wurden vier Alternativszenarien unterstellt:

- In Szenario A werden die eingesparten Mittel zum Abbau der öffentlichen Verschuldung eingesetzt. Eine Rückführung der Verschuldung verbessert allmählich die Erwartungen der Investoren hinsichtlich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung. Dies wiederum gibt der Investitionstätigkeit positive Impulse. Langfristig sind überdies expansive Effekte aufgrund eingesparter Zins- und Tilgungszahlungen möglich.
- In Szenario B werden die eingesparten Mittel für eine Ausweitung des Staatsverbrauchs verwendet, was vornehmlich den westlichen, in geringerem Umfang aber auch den östlichen Bundesländern zugute kommt.
- In Szenario C wird eine Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung um reichlich einen Prozentpunkt betrachtet. Diese Variante zielt primär auf eine Reduktion der Arbeitskosten ab, was für die Beschäftigung förderlich ist.
- Schließlich wird in der Variante D die Lohnsteuer um 18 Mrd. DM pro Jahr ermäßigt. Hier läuft der expansive Prozess in der Anstoßwirkung über erhöhte verfügbare Einkommen und damit eine Zunahme des privaten Verbrauchs. Die stärkere Annäherung der Netto- an die Bruttolöhne führt wiederum zu einer verhalteneren Entwicklung der Tariflöhne, welche die Arbeitskosten unter die Referenzentwicklung senkt.

<sup>3</sup> In einer Zusatzrechnung wurde allerdings auch untersucht, welche Auswirkungen bei einer vollständigen Abschaffung der Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen zu erwarten wären. Auf eine ausführliche Darstellung dieser Ergebnisse wird hier verzichtet.

Der Nettoeffekt aus expansiven und kontraktiven Impulsen lässt sich nur im Rahmen einer ökonomischen Schätzung quantitativ erfassen. Die wichtigsten Ergebnisse sind im folgenden zusammengefasst.

### *Ergebnisse*

Kurzfristig kommt es unabhängig von der Art der alternativen Verwendung der eingesparten Transfermittel infolge des Ausfalls an Nachfrage zu spürbaren Einbußen bei Produktion und Beschäftigung in den neuen Ländern (vgl. Abbildung 3). So dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland im Jahre 2005 um 2¼ bis 3¼ % niedriger ausfallen als im Referenzszenario; das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Jahre 2005 würde nur noch bei rund 1 % statt bei 4 % liegen. Auch das Beschäftigungsniveau kann zunächst nicht aufrechterhalten werden; allein im ersten Jahr wäre mit einem Verlust von bis zu 40.000 Arbeitsplätzen im Vergleich zum Referenzszenario zu rechnen. Da dies zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führt, nehmen auch die sozialpolitisch motivierten Transferzahlungen entsprechend zu.

Die dämpfenden Auswirkungen einer Rückführung der Transferleistungen bleiben nicht auf Ostdeutschland beschränkt; auch in Westdeutschland führt der Nachfrageausfall – für sich genommen – zu temporären Produktions- und Beschäftigungsverlusten. Hinzu kommt, dass die Erhöhung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland eine Zunahme sozialpolitisch motivierter Transfers zur Folge hat. Die in Westdeutschland zu erwartenden negativen Effekte fallen aber deutlich schwächer aus als in den neuen Ländern.

Der kontraktive Impuls ist jedoch nicht auf Dauer angelegt. Auf mittlere Sicht gewinnen die beschriebenen gegenläufigen expansiven Effekte an Bedeutung. Die Entwicklung der Produktion verläuft dabei in allen Szenarien ähnlich: Zwar bleibt das reale Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland bis zum Ende des Simulationszeitraumes hinter den Werten des Referenzszenarios zurück; die Produktion liegt zuletzt aber nur noch um 0,5 % bis 1 % unter den Referenzwerten. Dagegen sind bei der Beschäftigungsentwicklung deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Szenarien zu verzeichnen. Grundsätzlich fallen dabei die über den gesamten Zeitraum feststellbaren Beschäftigungseinbußen in Ostdeutschland um so schwächer aus, je stärker es infolge der Kürzung der Transfers zu einer Reduktion der Arbeitskosten kommt. So sind bei der Strategie, die Verringerung

der Transferleistungen mit einer Senkung der Beiträge zur Rentenversicherung zu koppeln (Szenario C), zwar ebenfalls kurzfristige Beschäftigungsverluste von bis zu 20.000 Arbeitsplätzen in den neuen Ländern zu verzeichnen; langfristig führt die Senkung der Lohnnebenkosten aber zu einem Beschäftigungsaufbau, der die anfänglichen Arbeitsplatzverluste sogar überkompensiert. Am Ende des Simulationszeitraumes ist in Ostdeutschland ein Beschäftigungsgewinn von 20.000 Arbeitsplätzen zu verzeichnen. In Westdeutschland würde die Beschäftigung in diesem Fall sogar um rund 70.000 Personen zunehmen.

Ähnlich ist das Bild auch, wenn die eingesparten Transfermittel zur Stimulierung der privaten Konsumnachfrage verwendet werden (Szenario D). In diesem Fall kommt es bis zum Ende des Simulationszeitraumes in gesamtdeutscher Betrachtung zu einem Beschäftigungsgewinn von immerhin rund 75.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen im Vergleich zum Referenzszenario, weil die durch die Steuersenkung verursachte Zunahme der Nettoeinkommen geringere Tarifabschlüsse als im Referenzszenario ermöglicht. Allerdings fiel der Zuwachs an Arbeitsplätzen hierbei allein in Westdeutschland an; in Ostdeutschland ergibt sich bis zum Ende des Simulationszeitraumes in etwa wieder das Beschäftigungsniveau des Referenzszenarios. Weniger günstig hingegen ist die Beschäftigungsentwicklung in den beiden anderen Szenarien A und B – hier erholt sich die Beschäftigung nur allmählich und bleibt sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland bis zum Schluss unterhalb der Werte des Referenzszenarios.<sup>4</sup>

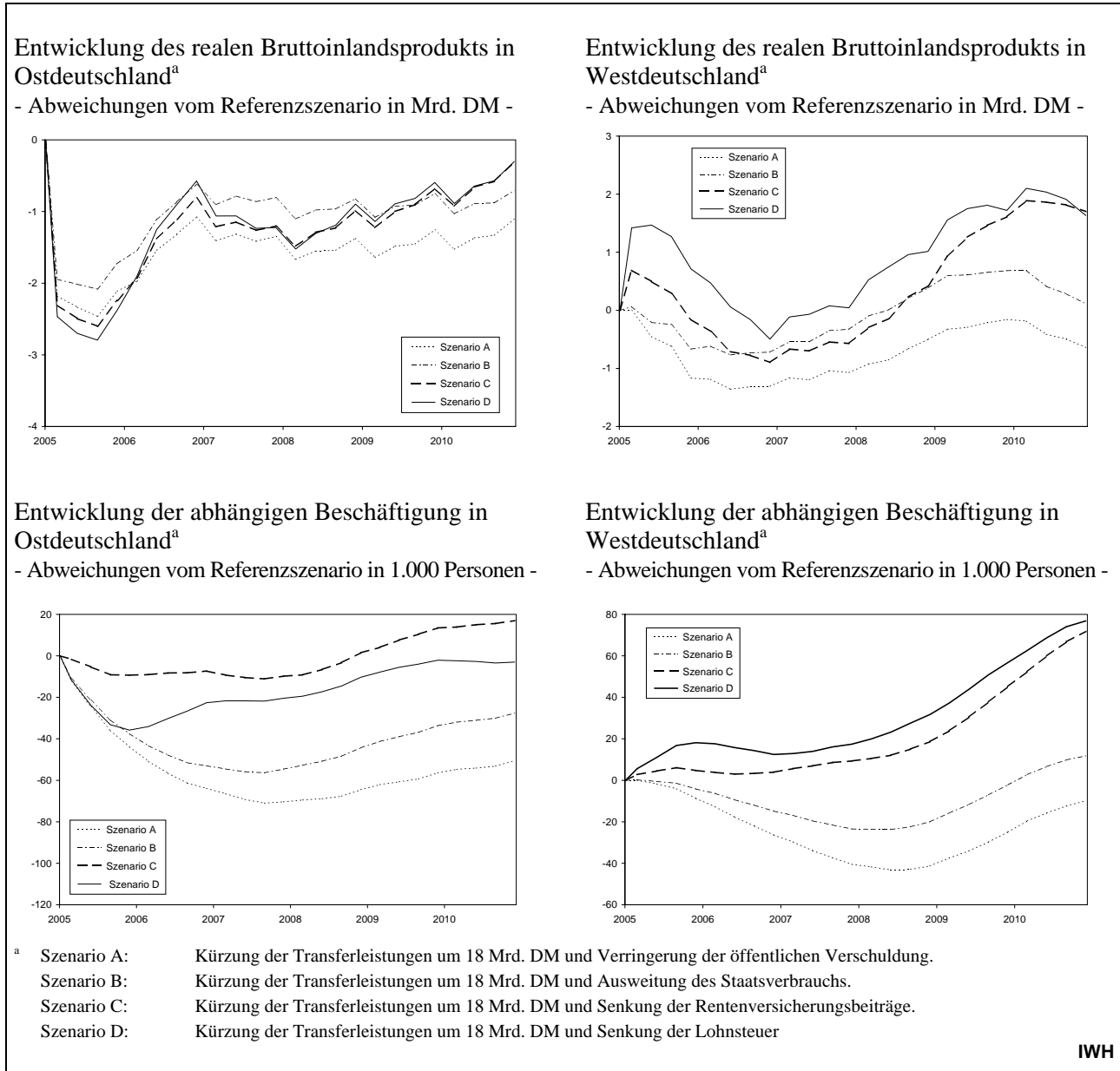
Auf den Prozess der Produktivitätsangleichung zwischen Ost- und Westdeutschland hat die Kürzung der Transfers hingegen keinen dauerhaften Einfluss, weil Produktion und Beschäftigung in beiden Landesteilen in gleicher Weise reagieren. Lediglich kurzfristig ist mit einem schwach dämpfenden Einfluss auf das Angleichungsniveau der Arbeitsproduktivität zu rechnen.

Aus alledem folgt, dass die alternative Verwendung bei den Transferleistungen eingesparter Mittel von nicht unerheblicher Bedeutung für die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen ist. In einem direkten Vergleich der behandelten Alternativstrategien sind diejenigen Szenarien als überlegen anzu-

---

<sup>4</sup> Die Ergebnisse fallen im übrigen quantitativ stärker, qualitativ aber gleich aus, wenn die Kürzung von Transferleistungen höher ausfällt als hier unterstellt.

Abbildung 3:



Quellen: Berechnungen und Schätzungen des IWH.

sehen, bei denen die Einsparung von Transfermitteln mit einer Reduktion der Arbeitskosten verknüpft ist. Am geringsten ist die Erholung von Produktion und Beschäftigung hingegen, wenn die Kürzungen der Rückführung der öffentlichen Verschuldung dienen. Hier fallen die positiven Impulse offenbar erst später an.

Allerdings sind bei der Bewertung der Ergebnisse auch die Restriktionen eines gesamtwirtschaftlichen Modells zu beachten. So kann die zu erwartende Entwicklung zu Verhaltensänderungen der Akteure Anlass geben, die im Rahmen des hier verwendeten Modells nicht berücksichtigt werden können. Ein Beispiel hierfür sind Änderungen des

Migrationverhaltens der ostdeutschen Bevölkerung, wenn eine baldige Angleichung der Einkommen nicht eintritt; ein anderes Beispiel sind Verschiebungen geplanter Investitionsvorhaben, wenn die Verbesserung der Angebotsbedingungen in den neuen Ländern nicht so schnell vorankommt wie erhofft. In beiden Fällen wären zusätzliche kontraktive Auswirkungen zu erwarten. Eine über reine Spekulation hinausgehende Quantifizierung dieser Effekte ist jedoch nicht möglich.

*Christian Dreger (cdr@iwh.uni-halle.de)  
Joachim Ragnitz (jrg@iwh.uni-halle.de)*

## Wirkung der Investitionsförderung auf das Investitionsvolumen in den neuen Bundesländern\*

*Die Investitionsförderpolitik begünstigt erwartungsgemäß die betrieblichen Investitionen in Ostdeutschland. Eine partielle Regressionsrechnung mit dem IAB-Betriebspanel zeigt, dass die Elastizität der ostdeutschen Investitionen bezüglich der Investitionsförderung bei 0,33 liegt. Dieser Zusammenhang lässt sich auch in monetären Größen darstellen: Demnach ist eine DM Fördermittel durchschnittlich mit etwa 2,46 DM Investitionen verbunden.*

*Allerdings nimmt der Anreizeffekt der Förderung mit steigendem Fördersatz nur noch wenig zu. Hinzu kommen etwaige negative Effekte der Subventionierung, beispielsweise durch die Aufbringung der Fördermittel oder durch die Substitution von Arbeit durch Sachkapital. Berücksichtigt man dies, so müssen die derzeitigen Förderhöchsätze in Ostdeutschland kritisch betrachtet werden.*

### **Zur Wirkung der Investitionsförderung**

In diesem Beitrag wird die Wirkung der Investitionsförderung auf das Investitionsvolumen der Betriebe in Ostdeutschland untersucht. Betrachtet werden zu diesem Zweck die im IAB-Betriebspanel befragten Betriebe des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes. Ziel der Analyse ist es abzuschätzen, in welchem Ausmaß auf betrieblicher Ebene Investitionen in den neuen Bundesländern durch die Investitionsförderung angestoßen wurden. Dazu wird mit Hilfe von Regressionsrechnungen die Hypothese getestet, dass die Höhe der Investitionen maßgeblich von der Höhe der Fördermittel abhängt.

Bisherige Studien zu dieser Fragestellung basieren auf Schätzungen mit Regionaldaten bzw. mit Branchendaten, jedoch nicht auf Schätzungen mit Hilfe von einzelbetrieblichen Informationen. So wurde an der Universität Münster ein Modell entwickelt, das die Wirkung von Subventionen auf die Kapitalnutzungskosten abzubilden vermag. Ursprünglich wurde das Modell dazu verwendet, die Wirksamkeit der westdeutschen regionalen Struk-

turpolitik zu untersuchen. Dazu wird analysiert, inwieweit unterschiedliche Investitionsentwicklungen auf Kreisebene auf den Einsatz von strukturellen politischen Maßnahmen zurückzuführen sind.<sup>5</sup> Das Modell wurde auch auf die neuen Bundesländer übertragen. Bezüglich der neuen Bundesländer ermitteln die Autoren, dass mit jeder DM Fördermittel 3,30 DM an Investitionen angestoßen wurden.<sup>6</sup>

Statt Unterschiede bei den Kapitalnutzungskosten auf Kreisebene zu betrachten, bietet sich auch eine Betrachtung auf der Ebene von Branchen an. So kommt Gerling zu dem Schluss, dass in den neuen Bundesländern die langfristige Elastizität der Investitionen in Bezug auf die Kapitalnutzungskosten für die arbeitsintensiven Branchen bei -0,22, für die wissensintensiven Branchen bei -0,44 und für die kapitalintensiven Branchen bei -0,67 liegt.<sup>7</sup> Im Durchschnitt errechnet sich daraus wiederum ein Wirkungsgrad von 3,30 DM an Investitionen je DM Fördermittel.

Für beide Untersuchungsansätze ist es jedoch nötig, dass die Ansprüche auf Fördermittel zwischen den Kreisen bzw. Branchen variieren. Das mag bei einzelnen Förderprogrammen der Fall sein. Die vom Fördervolumen her wichtigen Programme für die ostdeutsche Wirtschaft differenzieren jedoch nicht oder nur schwach nach regionalen Kriterien und unterscheiden nur grob zwischen den einzelnen Branchen. Deshalb sind die Ergebnisse aus methodischen Gründen mit Skepsis zu betrachten.

Hingegen stellt sich das Problem fehlender Varianz bei der hier vorgenommenen Untersuchung

\* Auch dieser Artikel basiert auf dem Gutachten, das vom IWH im Auftrag der ostdeutschen Länder erarbeitet worden ist. Vgl. RAGNITZ, J.; DREGER, C.; KOMAR, W.; MÜLLER, G.: Simulationsrechnungen zu den Auswirkungen einer Kürzung von Transferleistungen für die neuen Bundesländer. IWH-Sonderheft 2/2000.

<sup>5</sup> Vgl. ASMACHER, C.; SCHALK, H. J.; TOSS, R. (1987): Analyse der Wirkungen regionalpolitischer Instrumente. Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Band 120. – FRANZ, W.; SCHALK, H. J. (1995): Eine kritische Würdigung der Wirksamkeit der regionalen Investitionsförderung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Gahlen, B.; Hesse, H.; Ramser, H. J. (Hrsg.), Standort und Region, Neue Ansätze zur Regionalökonomik. Tübingen, S. 273-302.

<sup>6</sup> Vgl. RIEDEL, J.; SCHARR, F., u. a. (1999): Wirtschaftsförderung im Transformationsprozess. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in Thüringen. ifo Dresden Studien Nr. 21, S. 161.

<sup>7</sup> Vgl. GERLING, K. (1998): Transfers and Transition: The Impact of Government Support on Factor Demand and Production in Eastern Germany. Kiel Working Paper No. 878. Kiel, S. 45.



nicht. Die Vielzahl der Förderprogramme führt dazu, dass jeder Betrieb in Abhängigkeit von den in Anspruch genommenen Programmen einen individuellen „Fördersatz“ aufweist.

### **Investitionsförderung im Spiegel des IAB-Betriebspanels**

Um die Wirkung der Investitionsförderung abzuschätzen, wird mit Hilfe einer Regressionsanalyse das Investitionsvolumen einzelner Betriebe – neben einer Reihe von anderen relevanten Variablen – auch durch die Höhe der erhaltenen Fördermittel zu erklären versucht.

Insgesamt enthält das IAB-Betriebspanel die Befragungsergebnisse von 1.024 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes mit Sitz in den neuen Bundesländern für 1997. Von allen Betrieben gaben insgesamt 545 Betriebe an, 1997 öffentliche Zuschüsse für Investitionen erhalten zu haben. Nur diese Betriebe wurden in die Regressionsanalyse miteinbezogen. Die Tabelle 1 zeigt, aus welchen Programmen die Betriebe im Einzelnen gefördert wurden.

Tabelle 1:  
Herkunft der Fördermittel für Betriebe in Ostdeutschland des Verarbeitenden Gewerbes 1997  
- Stichprobe des IAB-Betriebspanels -

Förderprogramm	Anzahl <sup>a</sup> der Betriebe
Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	165
Mittel aus spezifischen Bundesprogrammen	83
Mittel aus spezifischen Landesprogrammen	69
Mittel aus Förderprogrammen der EU	77
Steuerliche Hilfen (z. B. Investitionszulage oder Sonderabschreibungen)	422
Andere Hilfen, z. B. Kredithilfen der Deutschen Ausgleichsbank (DtA), der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder der Europäischen Investitionsbank (EIB)	114
Insgesamt erhaltenen Fördermittel	545
<i>Nachrichtlich:</i> Betriebe insgesamt	1.024
Investierende Betriebe	772

<sup>a</sup> Mehrfachnennungen möglich.

Quellen: IAB-Betriebspanel; Berechnungen des IWH.

### **Ergebnisse der Regressionsanalyse**

Die Erwartung, dass sich die Fördermittel positiv auf die Investitionen der ostdeutschen Betriebe

ausgewirkt haben, wird durch die Analyse bestätigt. Die Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse der Regressionsgleichung (2) für das IAB-Betriebspanel (vgl. Kasten).

Tabelle 2:  
Erklärende Variablen des Investitionsvolumens<sup>a</sup>  
- Ostdeutschland, Verarbeitendes Gewerbe, 1997 -

	Koeffizient	Standardfehler	T-Wert	Signifikanzniveau
Konstante	4,176	0,648	6,448	0,000
Gute Ertragslage 1997	0,123	0,090	1,366	0,173
Völlig neues Produkt	0,136	0,103	1,320	0,188
Westdeutscher Eigentümer	0,335	0,106	3,145	0,002
Ausländischer Eigentümer	0,766	0,212	3,619	0,000
Nicht kapitalintensive Branchen <sup>b</sup>	-0,276	0,105	-2,628	0,009
Bruttowertschöpfung <sup>a</sup>	0,205	0,058	3,519	0,000
Beschäftigte 1997 <sup>a</sup>	0,451	0,073	6,182	0,000
Fördermittel <sup>a</sup>	0,335	0,028	12,124	0,000
Korrigiertes R <sup>2</sup>	0,823			

<sup>a</sup> Logarithmierte Variable. – <sup>b</sup> Bekleidungsgewerbe, Feinmechanik, Stahl- und Leichtmetallbau.

Quellen: IAB-Betriebspanel; Berechnungen des IWH.

Es zeigt sich, dass alle Koeffizienten das erwartete Vorzeichen haben. Allerdings weisen die aus theoretischen Überlegungen aufgenommenen Variablen „Gute Ertragslage 1997“ und „Völlig neues Produkt“ keine signifikanten Koeffizienten auf. Der geschätzte Parameter für die Wirkung der Fördermittel beträgt 0,335. Dieser Wert lässt sich aufgrund des gewählten doppelt-logarithmischen Ansatzes als Elastizität interpretieren. Mit anderen Worten, wenn die Fördermittel – z. B. aufgrund einer ausgeweiteten Bemessungsgrundlage – um 1 % steigen, dann steigt ebenso das betriebliche Investitionsvolumen, und zwar um 0,335 %.

Desgleichen lässt sich an Hand der Formel (4) abschätzen (vgl. Kasten), welchen marginalen Effekt eine zusätzliche DM Förderung auf die Investitionen hat. Die Fördermittelelastizität der Investitionen  $\beta$  beträgt 0,335 und der durchschnittliche Fördersatz<sup>8</sup>  $w$  beträgt 13,6 %.<sup>9</sup> Wenn die Investi-

<sup>8</sup> Wegen der rechtsschiefen Verteilung wird der Fördersatz hier als geometrisches Mittel berechnet. Dies entspricht dem arithmetischem Mittel der logarithmierten Werte.

<sup>9</sup> Bei der Betrachtung des Fördersatzes ist zu unterscheiden zwischen den Fördersatzen der einzelnen Förderprogram-

tionsförderung um eine DM steigt, dann steigen ausgehend von dieser Analyse die Investitionen marginal um 2,46 DM.

Allerdings ist die Höhe des Fördersatzes sehr unregelmäßig verteilt, so dass der Aussagewert des Durchschnittswerts begrenzt ist. Etwa ein Drittel der geförderten Betriebe weist einen Fördersatz von weniger als 10 % auf und ein weiteres Drittel von weniger als 20 %. Die Verteilungskurve in dem Bereich zwischen 20 % und 50 % fällt kaum ab.

Da aufgrund der konstanten Fördermittelelastizität der Investitionen der marginale Effekt in Abhängigkeit zum Fördersatz steht,<sup>10</sup> ist es sinnvoll, im Folgenden die betrieblichen Investitionen in Abhängigkeit vom Fördersatz zu betrachten.<sup>11</sup>

### Illustration der Ergebnisse

Mit einem steigenden Fördersatz verbindet sich ein höherer Investitionsanreiz, jedoch sinkt die marginale Wirksamkeit der Fördermittel. Das obere Diagramm der Abbildung 1 zeigt einen durchschnittlichen Betrieb, der bei einem Fördersatz von 13,6 % Investitionen in Höhe von etwa 430.000 DM tätigt.<sup>12</sup> Aus dem Investitionsvolumen und dem Fördersatz lässt sich auch die Höhe der Fördermittel bestimmen. Die Differenz zwischen der Kurve *Investitionen* und der Kurve *Fördermittel* gibt die Höhe der durch den Investor selbst aufgebrauchten Finanzmittel an.

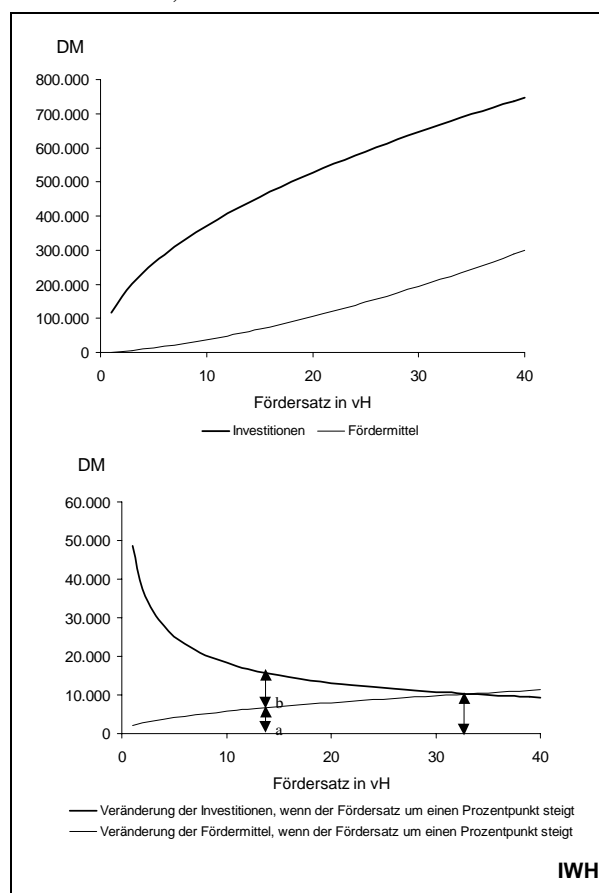
Um die effektive Wirkung der Fördermittel zu berechnen, ist es nötig, Veränderungen des Fördersatzes mit den Veränderungen der Investitionen zu vergleichen. Dazu zeigt das Diagramm in seiner unteren Hälfte die marginale Veränderung der Investitionen in Abhängigkeit vom Fördersatz. Hier ist dargestellt, um wie viel DM das Investitionsvolumen zunimmt, wenn der Fördersatz um einen Prozentpunkt steigt (Kurve *Veränderung der Investitionen*). Zum Beispiel verbindet sich mit dem

Fördersatz von 10 % ein marginaler Effekt von etwa 18.000 DM. Dies ist der Differenzbetrag zwischen dem Investitionsvolumen beim Fördersatz von 10 % (etwa 372.000 DM) und 11 % (etwa 390.000 DM).

Die gleiche Rechnung lässt sich auch für die Veränderung des Fördermittelbetrags aufstellen (Kurve *Veränderung der Fördermittel*). Das Verhältnis zwischen den beiden marginalen Effekten gibt Aufschluss über die Effizienz der Förderung. Es lässt sich ablesen, dass bei einem Fördersatz von 13,6 % der marginale Effekt auf das Investitionsvolumen 2,46 mal höher ist als auf das Fördermittelvolumen. Im Diagramm ist die gesamte Strecke  $a+b$  2,46 mal länger als die Strecke  $a$ . Bei einem Fördersatz von 33,5 % entspricht das ausgelöste Investitionsvolumen genau dem zusätzlichen Fördermittelvolumen. Liegt der Fördersatz noch darüber, dann wird von einem durchschnittlichen Betrieb ein Teil der Fördermittel „mitgenommen“.

Abbildung:

Zusammenhang zwischen Fördersatz und Investitionen, bei einer Fördermittelelastizität der Investitionen von 0,335



Quellen: IAB-Betriebspanel; Berechnungen des IWH.

me, die politisch direkt beeinflussbar sind, und dem sich hier rechnerisch durch das Verhältnis von Fördermitteln zu Investitionen ergebenden Fördersatz. Der Unterschied liegt darin, dass nicht alle Investitionen im selben Maße gefördert werden.

<sup>10</sup> Dies ist formal an Hand der Gleichung (4) zu erkennen. Wenn  $\beta$  konstant ist, dann verändert sich  $\partial INV / \partial FÖR$  in Abhängigkeit von dem Fördersatz  $w$  und entspricht  $\beta/w$ .

<sup>11</sup> Es ist zunächst nur eine Annahme des Modells, dass die Elastizität konstant zu den Fördermitteln ist. Analysen zeigen jedoch, dass diese Annahme gerechtfertigt ist. Modelle, in denen zugelassen wird, dass die Elastizität beispielsweise in Abhängigkeit von den Fördermitteln steigt, zeigen keinen maßgeblich erhöhten Erklärungsgehalt.

<sup>12</sup> Die Skalierung der Diagramme dient nur der Illustration.

## Methode

Eine methodische Schwierigkeit für die Analyse besteht darin, dass ökonomisch ein wechselseitiger Zusammenhang zwischen Investitionen und Fördermitteln besteht, da sich die Höhe der gezahlten Fördermittel in der Regel in Abhängigkeit vom Investitionsvolumen errechnet. Ein zweistufiges Regressionsverfahren, in dem sowohl die Investitionen als auch die Fördermittel als endogene Größen betrachtet werden, wird diesem Umstand gerecht. Rechnungen mit einem zweistufigen Regressionsverfahren kommen jedoch zu wenig anderen Ergebnissen als eine einfache Regressionsrechnung. Daher werden im Folgenden nur Vorgehen und Ergebnisse der einfachen Regressionsrechnung vorgestellt.

Ausgangspunkt dazu ist die Überlegung, dass die Investitionen je Beschäftigten abhängen von den Fördermitteln je Beschäftigten. Anzunehmen ist, dass die Höhe der Investitionen noch von anderen Variablen abhängt. Dabei ist zwischen sogenannten Dummyvariablen, die 1/0 Werte annehmen, und kontinuierlich messbaren Variablen zu unterscheiden. Generell sei angenommen, dass die Effekte sich multiplikativ verstärken.

Als Dummyvariablen wurden in die Schätzgleichung aufgenommen: ob der Betrieb seine Ertragslage 1997 als gut bezeichnet, er in westdeutschen bzw. ausländischen Besitz ist, ein völlig neues Produkt eingeführt wurde und ob der Betrieb zu einer nicht kapitalintensiven Branche zählt. Nur für die letztgenannte Variable ist ein negativer Effekt auf die Höhe der Investitionen zu erwarten.

Zu den kontinuierlichen Variablen zählt zum einen die Bruttowertschöpfung je Beschäftigten, die sich positiv auf die Höhe der Investitionen auswirken mag. Des Weiteren ist anzunehmen, dass die Höhe der Investitionen je Beschäftigten von der Größe des Betriebes (d. h. von der Anzahl der Beschäftigten) abhängt. Insgesamt ergibt sich aus den Überlegungen folgende Gleichung:

$$\left(\frac{INV}{BES}\right)_i = e^{\alpha_0 + \sum_j \alpha_j B_{ji}} \cdot \left(\frac{BWS}{BES}\right)_i^{\alpha_1} \cdot BES_i^{\alpha_2^*} \cdot \left(\frac{FÖR}{BES}\right)_i^\beta \cdot e^{\varepsilon_i}, \quad (1)$$

wobei  $\alpha_0$ ,  $\alpha_1$ ,  $\alpha_2^*$ ,  $\alpha_j$  und  $\beta$  zu schätzende Parameter bezeichnen. Des Weiteren entspricht  $INV$  den Investitionen eines Betriebes  $i$ ,  $BES$  der Zahl der Beschäftigten des Betriebes,  $BWS$  der Bruttowertschöpfung des Betriebes,  $FÖR$  der Summe aller Fördermittel, die der Betrieb 1997 für Investitionen erhalten hat und  $\varepsilon$  dem Fehlerterm der Schätzgleichung. Die Variablen  $B_j$  stehen für die obengenannten Dummyvariablen. Für eine einfache OLS Schätzung ist eine lineare Kombination der exogenen Variablen nötig. Die Regressionsgleichung ergibt sich durch Umformen und Logarithmieren:

$$\log INV_i = \alpha_0 + \sum_j \alpha_j B_{ji} + \alpha_1 \log BWS + \alpha_2 \log BES_i + \beta \log FÖR_i + \varepsilon_i, \quad (2)$$

mit  $\alpha_2 = 1 - \alpha_1 - \beta + \alpha_2^*$ . Von Interesse ist hier vor allem der Parameter  $\beta$ . Wenn es sich erweist, dass  $\beta = 0$  gilt, dann würden die Fördermittel keine zusätzlichen Investitionen auslösen. Die Mitnahmeeffekte wären dann 100 %. Erst wenn die Fördermittelelastizität des Investitionsvolumens  $\beta$  den durchschnittlichen Fördersatz erreicht, dann ist der durchschnittliche Mitnahmeeffekt null, d. h. das zusätzliche Investitionsvolumen entspricht dem zusätzlichen Fördervolumen. Wenn  $\beta = 1$  gilt, dann bedeutet dies, dass 1 % mehr Förderung zu 1 % mehr Investitionen führt. In diesem Fall besteht eine direkte lineare Beziehung zwischen Investitionen und Fördermitteln.

Mit Hilfe von  $\beta$  lässt sich auch berechnen, wie viel DM an Investitionen im Durchschnitt mit einer DM Fördermittel angestoßen werden. Es gilt nämlich:

$$\frac{\partial INV}{\partial FÖR} \cdot \frac{FÖR}{INV} \equiv \beta \quad (3)$$

Daraus ergibt sich:

$$\frac{\partial INV}{\partial FÖR} = \frac{\beta}{w}, \quad (4)$$

wobei  $w$  dem Fördersatz entspricht.

Dies ist der im Durchschnitt zu beobachtende marginale Effekt einer DM Fördermittel auf die betrieblichen Investitionen.

## Grenzen der Förderpolitik

Erklärtes Ziel der Förderpolitik ist es, in Ostdeutschland den Aufbau des betrieblichen Kapitalstocks zu unterstützen, um Wettbewerbsnachteile der Betriebe in den neuen Bundesländern zu mindern und Investoren zu attrahieren. Da die neuen Bundesländer weiterhin einen Rückstand gegenüber den alten Bundesländern hinsichtlich des Kapitalstocks je Erwerbstätigen aufweisen, werden Investitionen gewiss auch künftig gefördert. Die hier vorgelegte Analyse zeigt, dass dieser Ansatz im Grundsatz richtig ist. Allerdings ist für eine Bewertung der Förderpolitik zu beachten, dass die durchgeführte Analyse nur einen Teil der Wirkungen zeigen kann:

- Die durchgeführte Partialanalyse zeigt nur die direkte Wirkung der Investitionsförderung auf die Investitionen. Welche negativen Wirkungen beispielsweise mit der *Aufbringung dieser Mittel* verbunden sind, wurde nicht untersucht. Hierfür wäre ein allgemeines Gleichgewichtsmodell nötig, das auch Steuer- und Nachfragewirkungen abbilden würde.
- Die Analyse zeigt, dass die Fördermittel einen Effekt auf die Höhe der betrieblichen Investitionen haben. Über die Arbeitsplatzeffekte besagt dies jedoch noch nichts: Aus ökonomischer Sicht kommt die öffentliche Investitionsförderung einer Senkung der Kapitalnutzungskosten gleich. Eine Senkung der Kapitalnutzungskosten

führt einerseits zu einer Erweiterung der Investitionen und damit zu mehr Arbeitsplätzen. Andererseits wird der Einsatz von Kapital gegenüber dem Einsatz von Arbeitskraft relativ verbilligt. Dies führt zu einer *Substitution von Arbeitskraft durch Kapital*. Welcher Effekt überwiegt, lässt sich hier nicht abschätzen.

- Regressionsrechnungen sind ein Behelf, um Ursächlichkeiten zu identifizieren. Es wird geprüft, ob sich die unterstellten funktionalen Zusammenhänge in den beobachteten Werten der Vergangenheit zeigen. Dies ist bei der hier durchgeführten Regressionsanalyse der Fall. Doch könnten sich die Zusammenhänge in der Zukunft ändern. Es könnten *vermehrt Mitnahmeeffekte* z. B. aufgrund der verbesserten Standortbedingungen auftreten oder der beschriebene Substitutionseffekt könnte sich mit zunehmendem Wettbewerbsdruck verstärken.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass durch die Investitionsförderung zusätzliche Investitionen ausgelöst wurden. Jedoch zeigt sich auch sehr deutlich, dass durch höhere Fördersätze immer weniger *zusätzliche* Investitionen ausgelöst werden. Auch in Anbetracht der negativen Effekte, verbunden mit der Aufbringung der Mittel und der Substitution von Arbeitskraft durch Kapital, scheint der derzeitige Förderhöchstsatz als zu hoch.

Gerald Müller (gmr@iwh.uni-halle.de)

## Bei Annäherung weiterhin Besonderheiten der Konsumstruktur in Ostdeutschland

*Von 1991 bis 1998 hat sich die Ausgabenstruktur der ostdeutschen Haushalte bei Zunahme der Verbrauchsausgaben für den gehobenen Bedarf westdeutschen Konsummustern angenähert. Dabei war die Veränderung der Konsumstruktur der untersuchten ostdeutschen Haushalte bis 1995 insbesondere aufgrund der Realisierung des hohen Nachholbedarfs bei der Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern sehr intensiv und normalisierte sich danach. Weiterhin bleiben Unterschiede im privaten Konsum zwischen Ost und West bestehen.*

*So hatten im Jahr 1998 die Ausgaben für Wohnungsmieten und Energie in den ausgewählten Typhaushalten sowohl in West- wie auch in Ostdeutschland das größte Gewicht an den Konsumausgaben. Zugleich war aber der Anteil der wohn-*

*bedingten Ausgaben der ostdeutschen Haushalte noch deutlich niedriger als in westdeutschen Haushalten. Das erklärt sich aus den geringeren Bruttokaltmieten je Quadratmeter und den kleineren Wohnflächen insbesondere der Mieterhaushalte. Ausgaben für Nahrungsmittel und Getränke als sogenannter Grundbedarf standen in beiden Gebietsteilen an zweiter Stelle der Ausgabenliste, gefolgt von den Aufwendungen für Güter und Leistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung.*

Das für westliche Industrieländer bekannte Konsummuster der Verringerung der Budgetanteile für Güter und Leistungen des Grundbedarfs – hierzu zählen die Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel, Bekleidung und Schuhe, Wohnungsmieten

und Haushaltsenergie – und des Anstieges der Ausgabengewichte für Güter und Leistungen des gehobenen Bedarfs, zu denen insbesondere Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, für Bildung und Freizeit sowie für die persönliche Ausstattung gehören, ist Ausdruck für Wohlstandsgewinne. Die Ausgaben der westdeutschen Privathaushalte sind bei steigenden disponiblen Einkommen über Jahre hinweg durch diese allgemeine Tendenz der Strukturveränderung charakterisiert<sup>13</sup> und stehen daher in dieser Untersuchung als Referenzgröße für Entwicklungen der Konsumstruktur in ostdeutschen Haushalten.

Im Folgenden wird untersucht, ob die Struktur des privaten Konsums in Ostdeutschland dieser allgemeinen Tendenz folgt und welche Besonderheiten es in der Strukturentwicklung von 1991 bis 1998 gab. Darüber hinaus werden für die sich im Jahr 1998 herausgebildeten Ausgabenstrukturen in Ost- und Westdeutschland Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufgezeigt.

### Datenbasis

Die Untersuchung basiert auf der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Diese Statistik enthält seit 1991 in Westdeutschland wie auch in Ostdeutschland für jeweils 1.000 Haushalte die monatlichen Einnahmen und Ausgaben von drei definitorisch eng abgegrenzten Haushaltstypen – Typ 1: Zwei-Personen-Rentnerhaushalt mit geringem Einkommen, Typ 2: Vier-Personen-Haushalt von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen, Typ 3: Vier-Personen-Haushalt von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen.<sup>14</sup> Die ausgewähl-

ten Typhaushalte in Ostdeutschland gehören mit einem oder mehr Beziehern von Einkommen aus unselbständiger Arbeit bzw. Altersrente im Haushalt und der per Definition ausgeschlossenen Arbeitslosigkeit des Haushaltsvorstandes zu den Haushalten, deren Einkommen sich bereits überdurchschnittlich an das westdeutsche Einkommensniveau angenähert haben. Sie bilden somit für die hier untersuchte Fragestellung der Konvergenz von Konsumstrukturen eine geeignete Grundlage.<sup>15</sup>

### Entwicklung der Konsumstruktur in Ostdeutschland

Die Ausgaben für den privaten Verbrauch insgesamt sind in Ostdeutschland von 1991 bis 1998 im 2-Personen-Rentnerhaushalt (Typ 1) um 60 %, in den 4-Personen-Arbeiter- und Angestellten- bzw. Beamtenhaushalten (Typ 2 und Typ 3) nominal um über 40 % gestiegen. Innerhalb des privaten Verbrauchs entwickelten sich die Ausgaben in den einzelnen Verbrauchsgruppen sehr unterschiedlich (vgl. Tabelle 1).

Im gleichen Zeitraum hat sich jedoch der Preisindex für die Lebenshaltung um fast 40 % erhöht, so dass der Anstieg der Konsumausgaben in realer Rechnung geringer ausfällt. Diesen kräftigen Preisanstieg hat insbesondere die schrittweise An-

---

1998 war die Einkommensgrenze des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit bzw. aus Transferleistungen in den einzelnen Typhaushalten wie folgt definiert:

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Typ 1	1.800 – 2.700 DM	1.800 – 2.750 DM
Typ 2	3.900 – 5.900 DM	3.300 – 5.350 DM
Typ 3	6.900 – 9.150 DM	6.200 – 8.000 DM

Für alle drei Haushaltstypen gilt, dass die Haushaltsbruttoeinkommen um höchstens 40 % höher sein dürfen als die als Haupteinkommensquelle genannten Einkommen. Im ostdeutschen Haushaltstyp 1 sind aufgrund des eigenen Rentenanspruchs der Frauen im Unterschied zum 2-Personen-Rentnerhaushalt in Westdeutschland zwei Rentenbezieher die Regel.

Der Haushaltstyp 3, der Haushalt von Beamten und Angestellten, wird in Ostdeutschland noch zu rd. 90 % von Angestelltenhaushalten abgebildet, hingegen hat der westdeutsche Haushaltstyp 3 einen Beamtenanteil von rd. 40 %.

Vgl. dazu KAISER, J.: Letztmals Ergebnisse der Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen nach bisherigem Konzept. Statistisches Bundesamt. Wirtschaft und Statistik, 9/99, S. 723 ff.

<sup>15</sup> Die drei Haushaltstypen repräsentieren rd. 5 % der Haushalte. Repräsentative Ergebnisse zu den Geldausgaben der Privathaushalte insgesamt liegen mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) für das Jahr 1993 vor und demnächst sind Ergebnisse der EVS für das Jahr 1998 zu erwarten. Aussagen zu den Ausgabenstrukturen über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 1998 bietet nur die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen.

<sup>13</sup> Vgl. OBERHEITMANN, A.; WENKE, M.: Strukturveränderungen des westdeutschen Privaten Verbrauchs, in: RWI-Mitteilungen Heft 2, 1994, S. 103-126. – LÖBBE, K.; DÖHRN, R.; v. LOEFFELHOLZ, H. D., u. a.: Strukturwandel in der Krise. Untersuchungen des RWI, Heft 9, 1993, S. 108 ff.

<sup>14</sup> Durch methodische Vorgaben in Bezug auf Haushaltsgröße, soziale Stellung des Hauptverdieners, Zahl der Einkommensbezieher sowie Einkommensgrenzen wurden die Haushalte so abgegrenzt, dass sie möglichst homogene Typen bilden. Den Spezifika des Ostens wurde durch geringere Einkommensgrenzen sowie durch die mögliche höhere Anzahl von Einkommensbeziehern pro Haushalt Rechnung getragen. (Die „mittleren“ bzw. „höheren“ Einkommen weichen in beiden Gebietsteilen voneinander ab. Die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Einkommensgrenzen im Haushaltstyp 2 und 3 werden hier für den Vergleich von Konsumstrukturen in Kauf genommen.) Die Haushaltstypen 2 und 3 bestehen aus 2 Erwachsenen und zwei Kindern, wovon mindestens 1 Kind unter 15 Jahre alt ist. Im Jahr

Tabelle 1:  
Entwicklung der ostdeutschen Konsumausgaben 1998 gegenüber 1991  
- 1991 = 100 -

	Entwicklung 1998 gegenüber 1991			<i>Nachrichtlich:</i>
	2-Personen- Rentnerhaushalt	4-Personen- Arbeiter- und Angest.-haushalt	4-Personen- Angest.- und Beamtenhaushalt	Preisindex für die Lebenshaltung 1998 (1991 = 100) <sup>a</sup>
Privater Verbrauch, insgesamt	160,0	141,4	143,3	139,5
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	114,9	114,5	122,1	108,1
Bekleidung, Schuhe	113,5	85,5	91,1	104,2
Wohnungsmieten, Energie, Wasser	360,9	393,0	402,4	298,9
Güter für die Haushaltsführung	124,7	118,3	131,4	105,4
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	213,3	150,0	194,7	214,7
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlg.	127,5	109,3	106,3	122,6
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	137,7	132,9	126,2	122,1
Güter der persönlichen Ausstattung	189,5	222,2	209,2	130,5

<sup>a</sup> Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (Preisbasis 1995).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 15; Berechnungen des IWH.

passung der administrierten Preise an marktwirtschaftliche Verhältnisse hervorgerufen. Die Preisentwicklung bestimmt neben der Veränderung der Mengenzusammensetzung des gekauften Warenkorbes im beachtlichen Maße die Anteilsentwicklung der einzelnen Warengruppen am Gesamtkonsum. Die Preiserhöhung findet ihren stärksten Niederschlag in den Ausgaben für Güter und Leistungen, die lebensnotwendig sind und nicht so schnell durch andere, preiswertere Güter substituiert werden können. Deutlich wird dies bei den Ausgaben für Wohnungsmieten. Die stufenweisen Preisan-

passungen der Nettokaltmieten haben neben anderen Faktoren wie der Verbesserung der Wohnqualität und der Vergrößerung der Wohnfläche die Ausgaben der ostdeutschen Haushalte für Wohnen merklich ansteigen lassen.

Vergleicht man die Konsumstruktur der drei Typenhaushalte des Jahres 1998 mit der des Jahres 1991 (vgl. Tabelle 2), so fallen insbesondere der starke Rückgang des Anteils der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und die kräftige Erhöhung des Anteils der Ausgaben für Miete, Energie und Wasser auf.

Tabelle 2:  
Entwicklung der Struktur der nominalen Konsumausgaben von 1991 bis 1998 in Ostdeutschland

	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	1991	1998	1991	1998	1991	1998
Privater Verbrauch, insg. (DM/Monat)	1.569	2.511	2.569	3.633	3.144	4.504
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	483	555	723	828	786	960
Bekleidung, Schuhe	111	126	255	218	326	297
Wohnungsmieten, Energie, Wasser	197	711	228	896	246	990
Güter für die Haushaltsführung	194	242	279	330	344	452
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	83	177	80	120	95	185
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlg.	287	366	634	693	857	911
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	138	190	307	408	381	481
Güter der persönlichen Ausstattung	76	144	63	140	109	228
Privater Verbrauch insgesamt ( in % )	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	30,8	22,1	28,1	22,8	25,0	21,3
Bekleidung, Schuhe	7,1	5,0	9,9	6,0	10,4	6,6
Wohnungsmieten, Energie, Wasser	12,6	28,3	8,9	24,7	7,8	22,0
Güter für die Haushaltsführung	12,3	9,6	10,9	9,1	10,9	10,0
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	5,3	7,1	3,1	3,3	3,0	4,1
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlg.	18,3	14,6	24,7	19,1	27,3	20,2
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	8,8	7,6	12,0	11,2	12,1	10,7
Güter der persönlichen Ausstattung	4,8	5,7	2,4	3,8	3,5	5,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 15; Berechnungen des IWH.

Tabelle 3:  
Ausstattungsgrad der ostdeutschen Haushalte mit langlebigen Konsumgütern  
- in % -

Konsumgut	1991			1998		
	1	2	3	1	2	3
Personenkraftwagen	56,5	93,8	93,1	68,5	98,0	98,7
Farbfernsehgerät	94,4	94,9	94,6	99,5	98,6	99,5
Videorecorder	5,0	39,9	40,2	34,2	80,9	83,2
CD-Player	0,6	2,2	4,6	7,1	27,5	32,0
Heimcomputer	-	14,7	29,9	4,6	48,8	66,7
Video-Kamera	-	3,3	6,9	7,7	37,6	40,5
Geschirrspüler	0,6	1,1	3,1	15,8	43,6	51,2
Mikrowellenherd	1,9	4,8	11,9	27,6	53,8	56,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren stiegen zwar absolut an, entwickelten sich aber gemessen am Einkommen, wie für westliche Industrieländer üblich, unterproportional. Auf die Verbrauchsgruppe Miete, Energie und Wasser entfiel in allen drei Typ Haushalten mehr als die Hälfte des gesamten Zuwachses der Ausgaben für den privaten Verbrauch im Zeitraum 1991 bis 1998. Neben den wohnungsbedingten Ausgaben, die sich gemessen an den Gesamtkonsumausgaben von 1991 bis 1998 überproportional erhöht haben, weisen die Ausgaben für die Körperpflege und Gesunderhaltung sowie die Ausgaben für die persönliche Ausstattung, zu denen vor allen Dingen Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes und Pauschalreisen gehören, eine überproportionale Entwicklung auf.

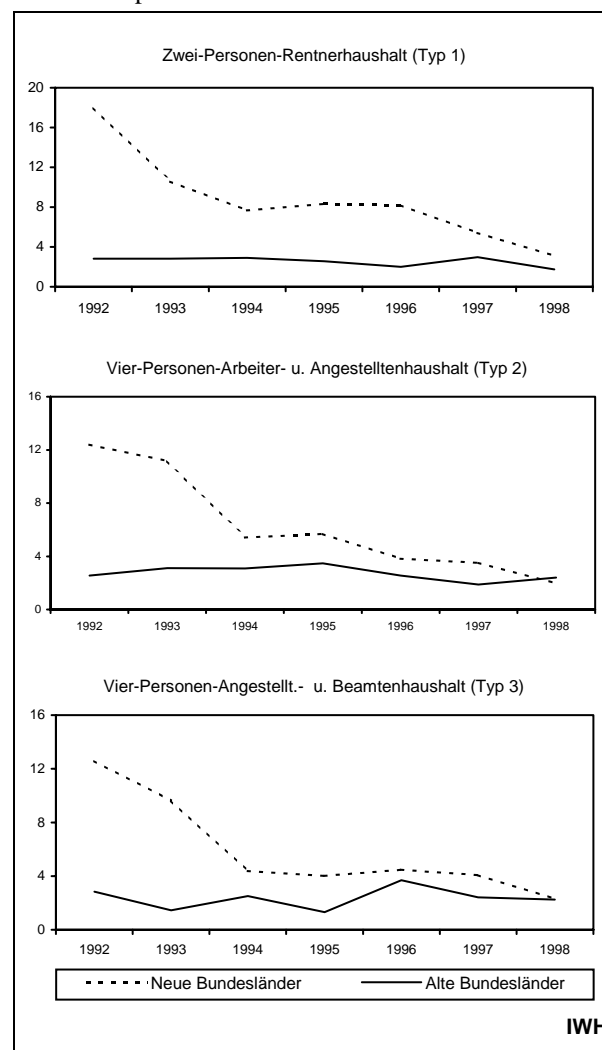
Alle übrigen Verbrauchsgruppen entwickelten sich unterproportional in Relation zu den Gesamtausgaben. Grund hierfür ist das hohe Ausgangsniveau dieser Verbrauchsausgaben zu Beginn des betrachteten Zeitraums, das durch die Realisierung des angestauten Bedarfs bei hochwertigen technischen Konsumgütern aber auch bei modischer Kleidung bestimmt war. So stiegen gleich im Jahr 1991 die Ausgaben für Güter und Leistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, welche durch die Käufe von Personenkraftwagen getragen wurden, sprunghaft an. Der hohe Strukturanteil dieser Ausgaben verringerte sich dann in den Folgejahren bis 1995 trotz einer Erhöhung der Haushaltsnettoeinkommen. Zugleich wurde in den Jahren bis 1995 die Anschaffung von elektrischen Haushaltsgeräten, Farbfernsehgeräten, Videorecordern und anderen hochwertigen technischen Geräten forciert, was in der merklichen Erhöhung der

Verbrauchsanteile der Güter für die Haushaltsführung und der Güter für Bildung, Unterhaltung sowie Freizeit zum Ausdruck kam. Entsprechend nahm die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern erheblich zu (vgl. Tabelle 3).

### Intensität des Strukturwandels normalisiert sich

Die Jahre von 1991 bis 1995 waren durch eine besonders starke Intensität des Wandels der Konsumstruktur der ostdeutschen Haushalte geprägt. In den Folgejahren verlangsamte sich die Veränderung der Konsumstruktur, und im Jahr 1998 hatte die Strukturentwicklung in den untersuchten ostdeutschen Haushalten nahezu die gleiche Intensität wie in den westdeutschen Haushalten erreicht.

Abbildung 1:  
Intensität<sup>a</sup> des Wandels der Konsumstruktur  
- in Prozentpunkten -



<sup>a</sup> Die Messziffer der Intensität des Strukturwandels ist die Summe der absoluten Beträge aus den Veränderungen der Anteile der acht Ausgabengruppen an den Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr. Die Intensität ist um so größer, je höher die Anteilsverschiebung ist.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Dennoch bleiben markante Unterschiede in den Verbrauchsstrukturen zwischen den ost- und westdeutschen Haushalten erhalten. Berechnet man als zusammenfassende Kennziffer für die Bewertung der noch bestehenden Unterschiede das Struktur-anpassungsmaß, so ergibt sich folgendes Bild (vgl. Tabelle 4):

Tabelle 4:

Anpassungsmaß<sup>a</sup> der Konsumstruktur der ostdeutschen Typhaushalte an die der westdeutschen Typhaushalte

- in Prozentpunkten -

Haushaltstyp	1991	1995	1996	1997	1998
Typ 1	6,5	5,1	4,3	4,5	4,6
Typ 2	5,5	3,0	2,4	2,3	2,5
Typ 3	6,2	3,1	2,7	2,8	2,9

<sup>a</sup> Das Maß der Strukturanpassung wird als mittlere absolute Abweichung der ostdeutschen Anteile aller acht Ausgabegruppen – gemessen an den westdeutschen Ausgabeanteilen im jeweiligen Jahr – ermittelt. Es gibt an, um wieviel Prozentpunkte die ostdeutschen Anteile der Verbrauchsrgruppen im Durchschnitt von den westdeutschen Ausgabeanteilen abweichen. Je kleiner der Wert ist, um so größer ist die Anpassung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Es zeigt sich, dass die Konsumstruktur von 1991 bis 1998 in allen drei ostdeutschen Haushaltstypen der westdeutschen Verbrauchsstruktur ähnlicher geworden ist. Seit dem Jahr 1996 ist aber keine weitere nennenswerte Annäherungstendenz zu beobachten und die bestehenden Unterschiede scheinen sich zu verstetigen.

### ***Verbrauchsstrukturen werden ähnlicher, behalten aber zugleich ihre Besonderheiten***

Im Jahr 1998 setzten die ostdeutschen Haushalte wie auch die westdeutschen Haushalte für Wohnungsmiete und Energie den größten Teil ihres Verbrauchsbudgets ein. Rang 2 und Rang 3 unter den Verbrauchsausgaben belegten im Osten wie im Westen die Käufe von Nahrungsmitteln und Getränken sowie die Ausgaben für Güter und Leistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (vgl. Tabelle 5). In der Summe machten die drei aufgeführten Verbrauchsrgruppen sowohl in den ostdeutschen wie auch in den westdeutschen Typhaushalten gut zwei Drittel des gesamten privaten Konsums aus.

Die vorhandenen Niveauunterschiede der Ausgaben in den einzelnen Verbrauchsrgruppen zwischen Ost und West werden durch noch bestehende Preisvorteile in Ostdeutschland relativiert. Der durchschnittliche Kaufkraftvorteil in Ost-

deutschland betrug im Jahr 1998 rd. 10 %<sup>16</sup> und wurde vor allem durch den Preisvorteil bei den Ausgaben für Wohnungsmieten (rd. 25 %), aber auch bei Nahrungsmitteln (rd. 10 %) bestimmt.

Trotz der erreichten hohen Ähnlichkeit der Konsumstruktur gibt es bei den drei anteilsstärksten Verbrauchsrgruppen einige Besonderheiten. Das Ausgabengewicht für Miete und Energie an den Gesamtausgaben für den privaten Verbrauch ist in den ostdeutschen Haushalten um knapp 5 bis 10 Prozentpunkte geringer als in den westdeutschen Typhaushalten. Von 1991 bis 1998 floss der größte Teil des Ausgabenzuwachses für den privaten Verbrauch in die wohnungsbedingten Ausgaben. Dies reflektiert den Bedarf der ostdeutschen Haushalte an Verbesserungen der Wohnqualität und an einer größeren Wohnfläche. Dennoch hat sich bis 1998 die durchschnittliche Größe der Wohnung zwischen Ost und West nicht angeglichen und auch die Bruttokaltmieten je m<sup>2</sup> weisen einen Abstand von 10 % bis 30 % aus. Die Wohnvorstellungen der Menschen in Ostdeutschland scheinen von denen der Westdeutschen bezüglich der Wohngrößen und speziellen Wohnungsausstattungen weiterhin abzuweichen. Mehrheitlich für nicht notwendig halten die Ostdeutschen z. B. folgende Wohnqualitäten: Wohngrößen von über 120 m<sup>2</sup>; parkettbelegte große Räume über 30 m<sup>2</sup>; kostspielige Einbauküchen; separate Hobby-/Bastelräume; Partykeller sowie Gäste-WC. Merkmale einer gewünschten Wohnqualität sind: gutes äußeres Erscheinungsbild der Wohngebäude; Wohnhäuser mit maximal fünf Geschossen; Größe der Wohnung: ein Wohnraum je Person; geräumige Wohnküche über 8 m<sup>2</sup>; technische Standardausstattung (Innen-WC, Bad/Dusche, moderne Heizung); bessere Abstellmöglichkeiten für Auto, Fahrrad, Kinderwagen; Balkon oder Terrasse. Bei der Erweiterung und Qualitätsverbesserung des Wohnungsbestandes in Ostdeutschland sollten diese Vorstellungen expliziter Berücksichtigung finden.<sup>17</sup>

Hauptmieterhaushalte weisen einen noch stärkeren Unterschied in der Wohnfläche zwischen Ost und West aus als Eigentümerhaushalte. Die

<sup>16</sup> Ergebnis einer aktualisierten Berechnung der Kaufkraftparitäten entsprechend der vorgestellten Methodik in: GRUNERT, R.: Was ist die D-Mark im Osten Deutschlands wert? in: Wirtschaft im Wandel 1/1997 S. 9 ff.

<sup>17</sup> Vgl. HINRICHS, H.: Entwicklung der Wohnverhältnisse in Ostdeutschland 1990 – 1999, in: Winkler, G. (Hrsg.), Sozialreport 1999. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., Hans-Böckler-Stiftung, 1999, S. 244 f.



Tabelle 5:  
Struktur der Konsumausgaben im Jahr 1998  
- in % -

	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3		Nachrichtlich: Niveaurelation der Konsumausgaben (Alte Bundesländer = 100)		
	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer			
Privater Verbrauch, insg. (DM/Monat)	2.317	2.511	4.393	3.633	6.314	4.504	Typ 1	Typ 2	Typ 3
Privater Verbrauch insgesamt ( in % )	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	108	83	71
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	24,0	22,1	20,4	22,8	18,1	21,3	100	93	84
Bekleidung, Schuhe	4,7	5,0	6,2	6,0	6,8	6,6	116	79	70
Wohnungsmieten, Energie, Wasser	38,7	28,3	30,0	24,7	26,3	22,0	79	68	60
Güter für die Haushaltsführung	5,3	9,6	6,9	9,1	7,4	10,0	196	110	97
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	5,9	7,1	4,2	3,3	7,2	4,1	129	65	41
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlg.	11,6	14,6	17,2	19,1	17,1	20,2	137	92	84
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	6,4	7,6	11,5	11,2	12,6	10,7	128	81	60
Güter der persönlichen Ausstattung	3,3	5,7	3,6	3,8	4,5	5,1	188	89	80

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Erhöhung der Wohnfläche von 1992 bis 1998 wurde vor allem von der Erhöhung des Anteils der Wohnungseigentümer getragen (vgl. Tabelle 6).

Die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sind in allen Haushalten zweitstärkste Ausgabenposition. Innerhalb der Nahrungsmittelausgaben gibt es jedoch zwischen Ost und West weiterhin erhebliche strukturelle Unterschiede. Ein mengenmäßiger Vergleich im Haushaltstyp 2 zeigt auch weiterhin unterschiedliche Ernährungsgewohnheiten und Geschmacksrichtungen im Nahrungsmittelverbrauch. So wird z. B. in ostdeutschen Haushalten mehr Schweine- und weniger Kalbfleisch, mehr Wurstwaren und weniger Käseprodukte, mehr Kartoffeln sowie Kohl und weniger Kopfsalat, Zwiebelgemüse sowie Hülsenfrüchte usw. verzehrt. Auch sind die Ausgaben der ostdeutschen Typhaushalte für Gaststättenbesuche geringer.<sup>18</sup>

Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung machen seit 1991 einen beachtlichen Anteil an den Gesamtausgaben der ostdeutschen Haushalte aus und übertreffen über den gesamten Zeitraum den entsprechenden Anteil in westdeutschen Haushalten, wenn auch mit geringer werdendem Abstand. Der größte Teil dieser Ausgaben fließt in Käufe von Personenkraftwagen, Kraftstoff und in dazugehörige Verbrauchsgüter sowie Dienstleistungen. Die betrachteten ostdeutschen Typhaushalte hatten bereits im Jahr 1995 das Niveau des Ausstattungsgrades der westdeutschen Haushalte mit Personen-

kraftwagen, welches in den betrachteten Erwerbstätigenhaushalten bei über 95 % liegt, erreicht bzw. leicht übertroffen.

Tabelle 6:  
Wohnfläche von Mietern und Eigentümern der Typhaushalte

	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 1	Typ 2	Typ 3
	Wohnfläche der Hauptmieter in m <sup>2</sup>					
1992	68,8	89,4	106,3	60,8	70,8	71,8
1998	71,4	88,3	107,7	59,9	75,6	77,8
	Wohnfläche der Wohnungseigentümer in m <sup>2</sup>					
1992	94,0	114,8	128,6	78,6	110,2	110,7
1998	98,9	115,0	129,8	90,7	112,3	112,1
	Anteil der Wohnungseigentümerhaushalte in %					
1992	25	47	76	28	26	19
1998	31	56	78	27	42	50

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Zusammenfassend lässt sich eine Annäherung der Konsumstrukturen zwischen Ost und West feststellen, welche in der Grundtendenz eine Verringerung der Ausgaben für den Grundbedarf und eine Erhöhung der Ausgaben für den gehobenen Bedarf beinhaltet. Innerhalb des Grundbedarfs gaben die ausgewählten ostdeutschen Haushalte noch weitaus weniger für Wohnungsmieten aus. Beim gehobenen Bedarf standen im Osten Güter für die Haushaltsführung sowie Güter und Leistungen der persönlichen Ausstattung an erster Stelle. Die westdeutschen Haushalte präferierten hingegen Ausgaben für die Gesunderhaltung sowie für Bildung, Unterhaltung und Freizeitgestaltung.

Ruth Grunert (rgr@iwh.uni-halle.de)

<sup>18</sup> Vgl. dazu RANDOW, H.: Ausgaben und Verbrauch, in Sozialreport 1999, in: Winkler, G. (Hrsg.), Sozialreport 1999. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., Hans-Böckler-Stiftung, 1999, S. 219 ff.

## EU-Osterweiterung: Qualität hat Vorrang vor Geschwindigkeit

*Die Europäische Union beabsichtigt mit ihrer Entscheidung, nunmehr mit zehn statt wie bisher mit fünf Kandidatenländern zugleich Beitrittsverhandlungen zu führen, die Osterweiterung zu beschleunigen. Das entspricht auch dem Wunsch der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer nach einem möglichst raschen Beitritt. Eine Erweiterung der Union ist nach Ansicht des IWH für alle Beteiligten mit bedeutenden wirtschaftlichen und politischen Vorteilen verbunden. Ein höheres Tempo des Integrationsprozesses ist aber nur dann zu empfehlen, wenn dadurch die Funktionsfähigkeit der Union nicht gemindert wird. Von den Kandidaten wird erwartet, dass sie zum Beitrittstermin einen Entwicklungsstand erreicht haben, der nur wenige und zeitlich eng begrenzte Übergangsfristen für die Anpassung an EU-Recht notwendig macht. Es ist aber absehbar, dass auch die weiter fortgeschrittenen Länder erhebliche Schwierigkeiten bei der Erfüllung der Beitrittskriterien haben werden, die neben der Gewährleistung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft vor allem die Wettbewerbsfähigkeit auf dem EU-Binnenmarkt und die vollständige Übernahme des Gemeinschaftsrechts verlangt. Somit birgt eine verfrühte Integration die Gefahr in sich, dass die geplante Vertiefung der Union und das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes behindert werden.*

*Aus diesen Gründen sollte die Beitrittsfähigkeit der Länder von Seiten der EU stärker als bisher, zum Beispiel durch umfangreichere Austausch- und Beratungsprogramme, unterstützt werden. Dies erleichtert mittelfristig die Aufnahme der Kandidatenländer und unterstützt gleichzeitig die Stabilität der Union.*

### **Beschleunigung des Beitrittsprozesses birgt Gefahren**

Die mittel- und osteuropäischen Reformländer haben wiederholt ihr Interesse an einer möglichst raschen Aufnahme in die EU bekundet. Die Länder, mit denen frühzeitig Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurden, also Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, Slowenien und Estland, streben einen Beitritt zu Beginn des Jahres 2003 an. Die Ende 1999 neu zu den Verhandlungen geladenen Länder (Lettland, Litauen, die Slowakei, Rumänien und Bulgarien), visieren Beitritte zwischen 2004 und 2008 an. Auch die EU hat sich mit den Beschlüssen von Helsinki auf einen schnellen

Beitrittsverlauf festgelegt. Um die Funktionstüchtigkeit einer erweiterten Union zu gewährleisten, beabsichtigt die Union, sich bis Ende 2000 institutionell zu reformieren und nach der Ratifizierung durch die Landesparlamente zum Ende des Jahres 2002 neue Mitglieder aufzunehmen zu können.<sup>19</sup>

Eine rasche Erweiterung der Union birgt das Problem, dass die Beitrittskandidaten zum Zeitpunkt des Beitritts die Anforderungen einer Vollmitgliedschaft noch nicht erfüllen. Ihnen müssten dann – entgegen den jetzigen Vorstellungen der EU – zahlreiche Übergangsfristen und eventuell auch Derogationen, d. h. unbefristete Ausnahmeregelungen, gewährt werden.<sup>20</sup>

Vor diesem Hintergrund stellt sich zum einen die Frage, wie der bisherige Verhandlungsstand zu beurteilen ist, zum anderen, ob die Beitrittskandidaten in der Lage sein werden, die Beitrittskriterien (vgl. Kasten) in nächster Zeit zu erfüllen. Dementsprechend wird untersucht, ob die Beitrittskandidaten im Rahmen einer funktionierenden Marktwirtschaft in wenigen Jahren auf dem EU-Binnenmarkt erfolgreich konkurrieren werden können und ob sie die Fähigkeit besitzen, das Gemeinschaftsrecht der EU (*Acquis Communautaire*) bis zum Beitrittstermin effektiv anzuwenden.

### **Erste Verhandlungserfahrungen: Schwierige Bereiche bisher ausgeklammert**

Zum Ende des Jahres 1999 war das *Screening*, d. h. die Überprüfung des Standes der Rechtsanpassung mit den fünf Ländern der ersten Runde, weitgehend abgeschlossen. Konkrete Verhandlungen sind zwischen November 1998 und Februar 2000 in 23 der insgesamt 31 Kapitel des Gemeinschaftsrechts aufgenommen worden. An den Anfang der Gespräche wurden jene Bereiche des Gemeinschaftsrechts gestellt, in denen keine größeren Schwierigkeiten bei der Anpassung zu erwarten waren, wie u. a. „Wissenschaft und Forschung“, „Allgemeine und berufliche Bildung“, „Kleine und mittlere Unternehmen“ oder „Statistik“. Diese Kapitel wurden bald darauf vorläufig geschlossen.

<sup>19</sup> Der termingerechte Abschluss dieser Reformen ist aber mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Vgl. z. B. EU: Presidency Conclusions: Helsinki European Council 10 and 11 December 1999. – <http://europa.eu.int/rapid/start/guesten.ksh> oder DIHT: Europa 2000 plus. Berlin 2000, S. 5-13.

<sup>20</sup> Beispiele für bestehende Derogationen sind die Nichtteilnahme Großbritanniens an der EWU oder dem Schengener Abkommen.

## Der Beitrittsprozess im Überblick

### **Voraussetzungen für die Mitgliedschaft: Die Beitrittskriterien**

Festlegung der sogenannten Kopenhagener Kriterien 1993, die die Beitrittsländer vor ihrem Beitritt erfüllen müssen. Dazu gehören

- politisches Kriterium: - Schaffung einer institutionellen Stabilität als Garantie für die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten;
- wirtschaftliche Kriterien: - Existenz einer funktionsfähigen Marktwirtschaft;  
- Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten;
- Besitzstandskriterium: - Fähigkeit zur Übernahme der aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen.

### **Phasen des Beitritts**

#### **I. Heranführungsstrategie**

- beschlossen 1994 in Essen, ergänzt 1997 in Luxemburg; besteht aus:
- den Assoziationsabkommen zwischen der EU und dem Bewerberland;
- dem Weißbuch zur Vorbereitung der Beitrittskandidaten auf den EU-Binnenmarkt, in dem die wichtigsten Maßnahmen für jeden Bereich des Binnenmarktes aufgezeigt und die Prioritäten für die Rechtsangleichung festgelegt sind;
- dem PHARE-Programm als wichtigstem Finanzinstrument zur Unterstützung der Heranführungsstrategie;
- den bilateralen *Beitrittspartnerschaften*, d. h. Programmen mit kurz- und mittelfristigen Zielen für die Länder und dem dafür vorgesehenen Finanzrahmen der EU. Grundlage dieser Programme sind *Nationale Programme der Länder zur Übernahme des Gemeinschaftsrechts* mit Festlegungen zur Rechtsanpassung und den dazu erforderlichen nationalen Ressourcen.

#### **II. Beitrittsverhandlungen**

Thema der Verhandlungen sind die Bedingungen, unter denen die Bewerberländer den *acquis communautaire* übernehmen und durchsetzen, sowie mögliche Übergangsregelungen, deren Umfang und Dauer begrenzt sein müssen. Beitrittsverhandlungen können mit den Bewerberländern aufgenommen werden, sobald sie die politischen Kriterien erfüllen.

#### **Zweistufiger Prozess**

- a) *Screening*: detaillierte Prüfung der Anpassung der einzelnen nationalen Gesetzgebungen an EU-Rechtsvorschriften in 31 verschiedenen Teilbereichen (sog. Kapitel), dabei schrittweises Vorgehen nach Themenbereichen; nach Abschluss des Screenings zu einem Themenbereich Festlegung der Verhandlungspositionen auf beiden Seiten;
- Beginn des Screenings mit Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Slowenien, Estland und formale Eröffnung der Verhandlungen 31.03.1998
  - Beginn des Screenings mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei März 1999
  - formale Eröffnung der Verhandlungen 15.02.2000
- b) Beginn der Verhandlungen:
- mit den ersten fünf Ländern 10.11.1998
  - mit den übrigen Ländern April 2000

### **Finanzhilfen im Beitrittsprozess 2001 bis 2006**

Europäische Union:	Heranführungshilfe insgesamt	21,8 Mrd. Euro
	davon: PHARE (Investitionen, Verwaltungsaufbau)	10,9 Mrd. Euro
	ISPA (Strukturpolitik)	7,3 Mrd. Euro
	SAPARD (Landwirtschaft)	3,6 Mrd. Euro

Weitere Quellen:	Investitionskredite und Kredite zur Förderung der Anpassungsfähigkeit	17,3 Mrd. Euro
EIB		

Weltbank, EBRD, NIB, IFC, NEFCO	<i>Memorandum of Understanding</i> , den Beitrittsprozess zu fördern	Mittel sind projektgebunden
---------------------------------	--	-----------------------------

Tabelle 1:

Mit den Ländern der ersten Gruppe vorläufig abgeschlossene Kapitel (Stand: 30. 04 2000)

	Kapitel	Land				
		Polen	Ungarn	Tschechische Republik	Slowenien	Estland
1.	Wissenschaft und Forschung	X	X	X	X	X
2.	Telekom. und Informationstechnologie	X	X	X	X	X
3.	Allgemeine und berufliche Bildung	X	X	X	X	X
4.	Industriepolitik	X	X	X	X	X
5.	Kleine und mittlere Unternehmen	X	X	X	X	X
6.	Wirtschafts- und Währungsunion	X	X	X	X	X
7.	Freier Warenverkehr			X		
8.	Verbraucher- und Gesundheitsschutz	X	X	X	X	X
9.	Fischerei		X	X	X	X
10.	Statistik	X	X	X	X	X
11.	Auswärtige Beziehungen	X				
12.	Gesellschaftsrecht				X	X
	Gesamt	9	9	10	10	10

Quelle: Europäische Union.

Bereiche, die eng mit dem Binnenmarkt zusammenhängen, stellen sich als besonders problematisch dar. Hierzu gehören beispielsweise die Kapitel „Freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr“, „Wettbewerbspolitik“ und „Sozial- und Beschäftigungspolitik“. Hier begannen die Verhandlungen gegen Ende des vergangenen Jahres. Hemmnisse für den Fortschritt der Verhandlungen ergeben sich überwiegend durch die Beantragung von Übergangsfristen. So hat Polen beispielsweise Übergangsfristen u. a. für die Anpassung der staatlichen Beihilfepolitik, den Erwerb von Grundstücken durch Ausländer und die Übernahme von Arbeitsschutz- und Hygienebestimmungen beantragt, und die Tschechische Republik hat sich unter anderem für die Beibehaltung der Zollunion mit der Slowakei ausgesprochen.<sup>21</sup>

Die eigentlichen Hürden im Verhandlungsprozess stehen aber noch bevor. Wie sich im Verlauf des *Screenings* zeigte, sind es insbesondere die Bereiche „Energie“, „Verkehr“, „Umwelt“ und „Landwirtschaft“, in denen die mittel- und osteuropäischen Länder enorme Anpassungsmaßnahmen, verbunden mit in der Regel hohen Investitionen, zu bewältigen haben. Hier liegt auch ein großer Teil der beantragten Übergangsfristen. Die Verhandlungen zu diesen Bereichen haben erst vor wenigen Wochen begonnen bzw. stehen noch völlig aus.

<sup>21</sup> Vgl. Positionspapiere Polens, Amt für Europäische Integration, Warschau, 1999. Für die Tschechische Republik und Ungarn vgl. INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE POLITIK: Enlargement/Agenda 2000 – Watch, Nr. 2/1999. Bonn 2000, S. 166 ff.

Obwohl die EU durchaus bereit ist, bei den investitionsintensiven Bereichen zeitlich begrenzte Übergangsfristen einzuräumen, verfolgt sie in allen Bereichen des Gemeinsamen Marktes das Ziel, Anzahl und Dauer der Übergangsfristen möglichst gering zu halten. Allerdings haben Deutschland und Österreich als Mitglieder der Union in den Bereichen Landwirtschaft und Freier Personenverkehr bereits den Wunsch nach Übergangsfristen für den freien Marktzugang der mittel- und osteuropäischen Länder geäußert. Hieraus wird ein beachtliches Konfliktpotential für die zukünftigen Verhandlungen ersichtlich. Ein reibungsloser und damit zügiger weiterer Verhandlungsverlauf ist deshalb kaum zu erwarten.

### ***Sind die Beitrittskandidaten funktionierende Marktwirtschaften?***

Die Union hat zur Beurteilung der Beitrittsfähigkeit zwei wirtschaftliche Kriterien entwickelt: Die Existenz einer funktionstüchtigen Marktwirtschaft nach Maßgabe des ordnungspolitischen Rahmens des jeweiligen Landes und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten. Der erste Aspekt wird von der EU anhand folgender Merkmale beurteilt: makroökonomische Stabilität, relativ ungehindertes Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, liberalisierte Preise und Handel sowie geringe Barrieren des Markteintritts und -austritts. Gravierende Schwächen weisen in dieser Hinsicht nur noch Bulgarien und Rumänien auf, wenn es auch in den anderen Ländern noch spezifische

Schwachstellen gibt. Allerdings muss beachtet werden, dass, auch wenn die meisten Länder mittlerweile in einem marktwirtschaftlichen Rahmen funktionieren, weiterhin transformationsbedingte wirtschaftliche Instabilitäten auftreten können. Hohe Kapitalzuflüsse, bedingt durch Zinsdifferenzen, Privatisierungen oder ausländische Direktinvestitionen, haben in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern zu Aufwertungstendenzen geführt, und so die Geld- und Wechselkurspolitik beeinträchtigt.<sup>22</sup> Die hohen Leistungsbilanzdefizite der meisten Beitrittskandidaten zeigen bei einer sich verschlechternden Wettbewerbsfähigkeit zudem Gefahrenpotenziale auf, die zukünftig zu einer erhöhten makroökonomischen Instabilität führen können.

Skeptischer als die Existenz marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist die Fähigkeit der Unternehmen der Beitrittskandidaten einzuschätzen, auf den Märkten der EU erfolgreich zu konkurrieren. Zu diesem Schluss kommt auch die EU in ihren jährlichen Fortschrittsberichten.<sup>23</sup> Neben der marktwirtschaftlichen Funktionstüchtigkeit wurden hier verschiedene Strukturmerkmale, wie zum Beispiel eine ausreichende Ausstattung an Human- und Sachkapital, eine tiefe Integration des Handels mit der EU und eine hohe Wettbewerbsintensität, überprüft. Als Zeichen zunehmender Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder wurden die fortgeschrittene Handelsintegration mit Staaten der Union und die gestiegenen Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen in den vergangenen Jahren gewertet.

Defizite bei der Unternehmensrestrukturierung (insbesondere im Stahlsektor), der Agrarreform, der Infrastruktur im Energie und Transportbereich führen aber dazu, dass die EU keinem mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten zum jetzigen Zeitpunkt die Fähigkeit zuspricht, dem Wettbewerb in der EU standzuhalten. Über die von der EU geäußerte Kritik hinaus lassen sich als weitere Schwachstellen der mangelnde Fortschritt bei der Privatisierung, insbesondere in Polen, wenig effektive Insolvenzrechte in der Tschechischen Republik und in Slowenien sowie der generell unterentwickelte Banken- und Finanzbereich anführen.<sup>24</sup>

<sup>22</sup> Beispielsweise werteten Polen und Ungarn trotz hoher nominaler Abwertung seit Beginn der Transformation um über 30 bzw. 45 % real auf.

<sup>23</sup> Vgl. KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN UNION: Composite Paper on Regular Reports on Progress Towards Accession. Brüssel 1999.

<sup>24</sup> Vgl. BRÜGGEMANN, A.; GABRISCH, H.; KÄMPFE, M., u. a.: Währungskrisen in Mittel- und Osteuropa, in:

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Beitrittskandidaten zwar weitgehend marktwirtschaftlich funktionieren, aber noch ein beträchtlicher Umstrukturierungsbedarf auf Unternehmensebene besteht, um sie wettbewerbsfähig werden zu lassen. In vielen Bereichen werden sich die Unternehmen erheblichen zusätzlichen Kosten gegenübersehen, die aus der Übernahme der EU-Standards resultieren. Insofern dürfte es einem beträchtlichen Teil der mittel- und osteuropäischen Unternehmen schwer fallen, sich innerhalb der nächsten Jahre im Wettbewerb mit Unternehmen aus der EU behaupten zu können.

### ***Hürden für die Übernahme des Gemeinschaftsrechts im Verwaltungsbereich***

Ein wesentlicher Unterschied zu früheren Erweiterungen der EU besteht im Ausmaß der institutionellen Fortentwicklung, die die Union innerhalb der letzten Jahre durchlaufen hat. So wurde beispielsweise durch den Amsterdamer Vertrag das Schengener Protokoll in den Stand des Gemeinschaftsrechts erhoben und eine Sozialcharta für die Mitgliedsländer eingeführt. Insgesamt müssen über 14.000 Rechtsanpassungen in den einzelnen Ländern vorgenommen werden.<sup>25</sup> Die gleichzeitige Verbreiterung und Vertiefung des Gemeinschaftsrechts konfrontiert somit die mittel- und osteuropäischen Verwaltungen und Parlamente mit einem gewaltigen institutionellen Kraftakt. Sie müssen die EU-Rechtssprechung in ihrer jeweiligen Fassung übernehmen, neue Politiken implementieren und die Fähigkeiten der nationalen Verwaltungen zur Anwendung und Durchsetzung von EU-Recht auf allen Ebenen gewährleisten. Der Mangel an qualifiziertem Fachpersonal in Verwaltung und Justiz ist dabei ein Hauptproblem für die Übernahme des Gemeinschaftsrechts, aber auch die materiellen Voraussetzungen müssen vielfach erst geschaffen werden.<sup>26</sup>

---

Rüdiger Pohl (Hrsg.), Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Band 5. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden (erscheint demnächst).

<sup>25</sup> Vgl. KÜHNHARDT, L.: Die Europäische Union zwischen Reformerfordernissen und Erweiterungserfolgen: Zur Ausgestaltung der Agenda 2000, in: Wittschorek, Peter (Hrsg.), Agenda 2000: Herausforderungen an die Europäische Union und an Deutschland. Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 8. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 1999, S. 33.

<sup>26</sup> In verschiedenen Länderstudien der Weltbank wird für den Verwaltungsapparat noch substantieller Aufholbedarf konstatiert, bislang stelle er eine der schwerwiegendsten Hürden für die Anwendung des Gemeinschaftsrechts dar. Vgl. bei-

Schwieriger als die Übernahme von Gesetzen und Verordnungen wird die effektive Anwendung der Rechtsprechung sein. Um die Einhaltung der neuen Vorschriften zu sichern, wird in vielen Bereichen eine sehr viel umfassendere Kontrolle nötig sein. Davon betroffen sind beispielsweise der Umweltschutz, die Gewährleistung der allgemeinen Produktsicherheit und der Verbraucherschutz. Moderne Kontrollsysteme einschließlich nationaler Referenzlabors müssen u. a. für die Veterinäraufsicht und die Pflanzenschutzverwaltung geschaffen werden. Im Bereich von Justiz und Inneres wird die Anwendung des Schengener Abkommens erhebliche Anstrengungen erfordern. Es geht hierbei um die Fähigkeit effektiver Grenzkontrollen an den Außengrenzen der EU sowie die Sicherstellung, dass mit Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen der freie Personenverkehr nicht zu Sicherheitsdefiziten in Bezug auf das organisierte Verbrechen bei Geldwäsche, Drogen- und Menschenhandel führt. Bislang entsprechen die Normen und Standards in diesen Bereichen nicht den Gemeinschaftsvorschriften. So wurden in einigen Ländern die zuständigen Verwaltungseinheiten erst 1998 bzw. 1999 soweit aufgebaut, dass eine Förderung von Projekten durch die EU möglich wurde.<sup>27</sup> Der Hinweis der am Schengener Protokoll teilnehmenden Staaten, dass spätere Beitrittsabkommen erst dann in Kraft gesetzt werden könnten, wenn die Vorgaben des Protokolls erfüllt seien, verdeutlicht den dringenden Handlungsbedarf allein in diesem Kapitel der Beitrittsverhandlungen.

### ***Fehlende finanzielle Mittel können Anpassung der Rechtsvorschriften verzögern***

Die Übernahme und Anwendung des Gemeinschaftsrechts ist für die mittel- und osteuropäischen Länder mit hohen Investitionen verbunden. Um im Bereich Verkehr den Sicherheitsstandards und Vorschriften der EU zu entsprechen, sollen nach Schätzungen der Union innerhalb der nächsten 15 Jahre über 18.000 km Straße, 20.000 km Schiene, 38 Flughäfen, 13 Seehäfen und 49 Flusshäfen auf Gemeinschaftsniveau aufgerüstet werden. Dies übersetzt sich allein im Straßen- und Schienenbereich in ein erforderliches Investitions-

volumen von 100 Mrd. Euro.<sup>28</sup> Ähnliche Größenordnungen ergeben sich für den Energie- und den Umweltbereich. Der technische Stand von Kraftwerken, Klärwerken und Abfallverwertungsanlagen ist im allgemeinen veraltet. Im Umweltbereich wird ein Investitionsbedarf zwischen 110 und 120 Mrd. Euro veranschlagt. Die dazugehörigen Kapital- und Nutzungskosten werden auf 16 bis 24 Mrd. Euro jährlich geschätzt.<sup>29</sup> Verteilt man die Investitionskosten der beiden Bereiche Umwelt und Verkehr auf 20 Jahre, entspricht die durchschnittliche jährliche Belastung einem Anteil von 8,0 bis 10,5 % des Bruttoinlandsprodukts der Beitrittskandidaten von 1998.<sup>30</sup>

Zu diesen großen Investitionsbereichen treten zusätzlich noch all jene Maßnahmen hinzu, die notwendig sind, um die Anwendung des Gemeinschaftsrechts in den anderen 28 Kapiteln zu gewährleisten. In den meisten Bereichen (zum Beispiel Finanzkontrolle, Justiz und Inneres, Bankenaufsicht, Steuern, Statistik) wird es im wesentlichen um die materielle Ausgestaltung von Verwaltungen und um Investitionen in das notwendige Humankapital gehen. In anderen Bereichen (z. B. Sozialpolitik und Beschäftigung, Landwirtschaft, Wissenschaft und Forschung) werden wahrscheinlich zudem weitere investive Ausgaben nötig sein.

Die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts wird daher nur durch eine erhebliche Steigerung der schon jetzt meist recht hohen Investitionsquote in den Beitrittskandidaten zu gewährleisten sein. Die Länder werden aber nur einen geringen Teil dieser Aufwendungen selbst tragen können.<sup>31</sup> Einer Finanzierung durch die Unternehmen über höhere Gewinne sind aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs enge Grenzen gesetzt, und die Ausweitung der öffentlichen Ausgaben ist auch aus stabilitäts-

spielsweise WORLD BANK: Czech Republic: Toward EU Accession, Vol. 1 1999, S. 28-32, WORLD BANK: Hungary: Country Economic Memorandum 1999, S. 145-158.

<sup>27</sup> Vgl. Die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres im Erweiterungsprozess – Themenpapier Nr. 25 vom 30.03.1999, Task-Force „Erweiterung“ des Europäischen Parlaments.

<sup>28</sup> Vgl. Verkehrspolitik und die Erweiterung der Union – Themenpapier Nr. 44 vom 28.07.1999, Task-Force „Erweiterung“ des Europäischen Parlaments.

<sup>29</sup> Dies umfasst allein Investitionen zur Verbesserung der Wasser- und Luftqualität sowie der Abfallentsorgung. Vgl. Die Umweltpolitik und die Erweiterung der Union – Themenpapier Nr. 17 vom 23.03.1998, Task-Force „Erweiterung“ des Europäischen Parlaments.

<sup>30</sup> Die Angabe von Gesamtkosten ist nur bedingt aussagefähig, da sie auf sektoralen Einzelschätzungen basiert, die z. T. methodische Unterschiede aufweisen.

<sup>31</sup> So geht beispielsweise das EU-Parlament davon aus, dass die Beitrittsländer lediglich 20 % der nötigen Investitionen selbst finanzieren können. Vgl. Energiepolitik und die Erweiterung der Union – Themenpapier Nr. 43 vom 10.06.1999, Task-Force „Erweiterung“ des Europäischen Parlaments.

politischen Erwägungen nicht problemlos durchführbar. Eine Erhöhung der inländischen Sparneigungen scheint kurzfristig kaum möglich zu sein.

Tabelle 2:

Bruttoanlageinvestitionen der Beitrittskandidaten 1996 bis 1998

- in % des Bruttoinlandsprodukts -

Land	1996	1997	1998
Bulgarien	8,4	11,4	14,7
Estland	27,8	27,9	29,1
Lettland	17,8	21,1	20,1
Litauen	20,1	22,0	25,7
Polen	20,9	23,6	25,3
Rumänien	25,9	21,8	17,7
Slowakei	36,9	38,6	40,8
Slowenien	22,6	23,5	24,2
Tschechische Republik	34,9	33,2	29,9
Ungarn	23,9	26,8	27,9

Quellen: WIIW Datenbank; nationale Statistiken.

Eine Steigerung der Investitionsquote ist auch durch höhere Kapitalzuflüsse aus dem Ausland – entweder durch supranationale Organisationen oder private Investoren – möglich. Die Finanzplanung der EU bis zum Jahre 2006 sieht im Rahmen der Heranführungshilfe knapp 22 Mrd. Euro für die Beitrittskandidaten vor.<sup>32</sup> Die für diesen Zeitraum budgetierten Mittel der Europäischen Investitionsbank belaufen sich auf weitere 17,3 Mrd. Euro. Diese Mittel dienen in der Regel der Kofinanzierung von Projekten und stellen somit keine garantierten Mittelzuflüsse dar. Die tatsächliche Mittelzuweisung wird auch von der Absorptionsfähigkeit der jeweiligen Beitrittskandidaten abhängig sein.

Zusätzliche Abhilfe könnte die Einbindung privater ausländischer Investoren schaffen. Denkbar sind beispielsweise privatwirtschaftlich betriebene Fernstraßen oder die Privatisierung der Energiewirtschaft. Doch muss hier beachtet werden, dass die Rentabilität in diesen Bereichen noch durch die geringe Kaufkraft der Bevölkerungen in Mittel- und Osteuropa begrenzt wird.

Die institutionellen und finanziellen Defizite der Beitrittskandidaten lassen insgesamt die vollständige Übernahme des Gemeinschaftsrechts zu den anvisierten Beitrittsterminen unrealistisch erscheinen.

## Ausblick

Die Osterweiterung der EU ist eine historische Möglichkeit politische und regionale Stabilität als Basis wirtschaftlichen Wohlsstands in ganz Europa zu verankern. Gleichzeitig sollte der Integrationsprozess so gestaltet werden, dass die Funktionsfähigkeit der Union erhalten bleibt. Aus ökonomischer Sicht wird eine schnelle Erweiterung mit mehreren Beitrittskandidaten ohne Qualitätsabstriche kaum durchführbar sein.

Im Zuge der bisherigen Verhandlungen sind noch einmal die schon seit geraumer Zeit erkannten Probleme einer zügigen Heranführungsstrategie für die Reformländer durch die EU deutlich geworden. Verlangt die Union von den Kandidaten einen Entwicklungsstand, der zum Beitrittszeitpunkt nur wenige und zeitlich begrenzte Übergangsfristen bedingt, kann dies auch bei den relativ fortgeschrittenen Ländern zu einer Verschiebung des Beitritts deutlich über das angestrebte Ziel von 2003 hinaus führen, da kein Land die Kriterien einer Vollmitgliedschaft mittelfristig erfüllen wird. Umfangreiche Ausnahmeregelungen verringern hingegen die Qualität des Integrationsprozesses, da sie die Anpassung an bestehendes EU-Recht verzögern und damit de facto eine Zwei-Klassen-Union etablieren. Unterschiedliche Rechtsstandards innerhalb der EU gefährden das reibungslose Funktionieren des Gemeinsamen Marktes in einer erweiterten Union.

Aus Sicht des IWH sind deshalb überhastete Beitritte mit einem höheren Risikopotenzial verbunden als ihre zeitliche Verschiebung. Um dennoch eine möglichst rasche Aufnahme zu gewährleisten, sollte die Beitrittsfähigkeit der Länder gesteigert werden. Dabei sind verstärkte Anstrengungen der EU und der Beitrittskandidaten notwendig, um die Absorptions- und Anpassungsfähigkeit zu erhöhen. Für die mittel- und osteuropäischen Länder bedeutet dies insbesondere eine personelle und materielle Verstärkung der nationalen Verwaltungen bis hin auf die kommunale Ebene. Die Union sollte diesen Prozess noch stärker als bisher durch die Ausdehnung von Austausch- und Beratungsprogrammen unterstützen. Derartige Maßnahmen würden dazu beitragen die Entwicklung zu einer stabilen erweiterten Union zu unterstützen.

Axel Brüggemann  
(bgn@iwh.uni-halle.de)

Martina Kämpfe  
(mkp@iwh.uni-halle.de)

<sup>32</sup> Darüber hinaus sind 45 Mrd. Euro für Zahlungen an mögliche neue Mitgliedsländer nach dem Beitritt eingeplant. Vgl. Finanzielle Vorausschau der EU für 2000-2006, AGENDA 2000: Stärkung und Erweiterung der Europäischen Union, Endgültige Fassung, Brüssel 1999.

## Branchenskizze: Ostdeutsche Industrie der Metallverarbeitung

Die Metallverarbeitung hat sich aufgrund des überdurchschnittlichen Produktionswachstums zu einem der bedeutsamsten Industriezweige in Ostdeutschland entwickelt: Mit einem Produktionsanteil von 12 % am Verarbeitenden Gewerbe und einer Gesamtbeschäftigtenzahl von etwa 120.000 Personen rangierte sie 1999 nach dem Ernährungsgewerbe an zweiter Stelle. Viele Betriebe dieser Branche, die anders als in Westdeutschland vom Stahl- und Leichtmetallbau geprägt ist (dort dominiert die Eisen-, Blech- und Metallwaren-/EBM-Industrie), profitierten von der dynamischen Bautätigkeit in Ostdeutschland und der gestiegenen Nachfrage der Betriebe verschiedener Wirtschaftsbereiche nach Zulieferungen. Investitionen in die Modernisierung der Anlagen und weitere Maßnahmen, neben dem Personalabbau z. B. der Aufbau und die Qualifizierung des Marketing, haben die Produktivität und Effektivität deutlich nach vorn gebracht. Hier fallen auch die Rückstände gegenüber Westdeutschland geringer aus als im Durchschnitt der ostdeutschen Industrie.

Die Betriebe der Metallverarbeitung bekamen aufgrund ihrer engen Verflechtung mit den Betrieben anderer Wirtschaftszweige die Wirkungen der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bereits im Jahre 1990 deutlich zu spüren. Viele Erzeugnisse waren nicht mehr gefragt. Die angestammten Liefer- und Leistungsbeziehungen waren häufig rasch weggebrochen. Drastische Produktions- und Beschäftigungseinschränkungen sowie Betriebschließungen waren die unausbleibliche Folge. Die Schrumpfung der Produktion ging jedoch, anders als in vielen anderen Industriebranchen, relativ schnell vorüber. Durch die kräftige Ausdehnung der Investitionen, insbesondere der Bau-Investitionen, ab 1991 konnte ein wachsender Teil der Betriebe an der großen Nachfrage solcher Güter wie Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen sowie Ausbauelemente partizipieren. Weitere Impulse gingen von der dynamischen Entwicklung des Automobilbaus und der wirtschaftlichen Erholung weiterer Branchen (Maschinenbau, Elektroindustrie u. a.) in Ostdeutschland aus. Die Produktion expandierte dadurch im Zeitraum von 1991 bis 1995 um rund das 1,7 fache bzw. durchschnittlich jährlich 28,4 %. Ein höheres jährliches Produktionswachstum verzeichneten in dieser Periode nur noch die Automobilindustrie (+34,1 %) und die Kunststoffwarenindustrie (+29,1 %). Von 1995 bis 1999 haben die

Steigerungsraten zwar deutlich nachgelassen, übertrafen aber weiterhin das Produktionswachstum der gesamten ostdeutschen Industrie (9,1 % jährlicher Zuwachs gegenüber 8,2 %). 1998 und 1999 hat vor allem das Produktionswachstum des Stahl- und Leichtmetallbaus merklich nachgelassen. Die Zuwachsraten in den Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten schmolzen auf 3,0 bzw. 2,2 % ab, nachdem sie von 1991 bis 1997 durchschnittlich jährlich rund 29 % ausmachten. Gründe dafür dürften u. a. die verringerten Bau-Investitionen in Ostdeutschland und die noch nicht genügende Präsenz der Betriebe auf Auslandsmärkten sein (Exportquote 1999: 2,6 %; die der westdeutschen Betriebe rund 12 %). Die wirtschaftliche Bedeutung des ostdeutschen Stahl- und Leichtmetallbaus ist dennoch beachtlich: 1999 erlösten die Betriebe mit rd. 5,1 Mrd. DM knapp ein Sechstel des gesamtdeutschen Umsatzes. Dazu hatten sie u. a. von 1991 bis 1999 rund drei Mrd. DM in die Modernisierung der Anlagen investiert. Die Investitionen in der gesamten Metallverarbeitung in Ostdeutschland beliefen sich im gleichen Zeitraum auf etwa sieben Mrd. DM.

In der Produktion und im Umsatz erheblich zugelegt haben in den letzten Jahren die Produzenten von EBM-Waren sowie von Schmiede-, Press-, Zieh- und Stanzteilen. Der Umsatz der EBM-Industrie z. B. erhöhte sich von 1997 bis 1999 um rund 30 % auf 3,6 Mrd. DM.<sup>33</sup> Dagegen erlitten die Kessel- und Behälterbauer weitere Umsatzeinbußen.

In der Arbeitsproduktivität, gemessen an der Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten, dürften die Unternehmen gegenüber dem Stand im Jahr 1996 weiter vorangekommen und 1999 etwa drei Viertel des westdeutschen Niveaus erreicht haben. Mit dazu beigetragen hat der noch nicht abgeschlossene Personalabbau: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in allen Betrieben reduzierte sich 1999 gegenüber 1998 (jeweils per 30.6.) um rund 1.300, von 119.600 auf 118.300.

*Siegfried Beer*  
(sbr@iwh.uni-halle.de)

---

<sup>33</sup> Ohne die Herstellung von Waffen und Munition. Bei der Bewertung des Umsatzanstieges ist mit zu berücksichtigen, dass 1999 durch die amtliche Statistik 43 Betriebe mehr erfasst waren als 1997.



Tabelle:

Die ostdeutsche Industrie der Metallverarbeitung<sup>a</sup> 1995 bis 1999<sup>b</sup> in amtlichen Daten

		ME	1995	1996	1997	1998	1999	
I.	<b>Ausgewählte Kenndaten</b>							
1.	Betriebe	Anzahl	946	1.019	1.097	1.160	1.195	
2.	Beschäftigte <sup>c</sup>	1.000 Pers.	60,9	59,0	60,7	64,8	65,5	
3.	Produktionsindex (1995=100)	%	100,0	107,7	117,6	129,6	141,8	
4.	Umsatz insgesamt <sup>d</sup>	Mio. DM	9.196	9.419	10.200	11.404	11.815	
4.1.	Inlandsumsatz <sup>d</sup>	Mio. DM	8.867	8.994	9.612	10.672	10.933	
4.2.	Auslandsumsatz <sup>d</sup>	Mio. DM	329	425	587	731	882	
	<i>Exportquote</i>	%	3,6	4,5	5,8	6,4	7,5	
5.	Bruttowertschöpfung <sup>e*</sup>	Mio. DM	3.195	3.151	.	.	.	
	<i>Vorleistungsquote*</i>	%	62,7	61,0	.	.	.	
6.	Bruttoanlageinvestitionen	Mio. DM	710	645	669	744	.	
II.	<b>Produktionssparten mit hohen Umsatzanteilen</b> (Umsatz insgesamt = 100)							
	-Stahl- und Leichtmetallbau	%	44,3	43,2	43,9	45,0	43,0	
	-Herstellung von EBM-Waren (ohne Waffen, Munition)	%	23,7	24,8	28,0	28,3	30,7	
	-Kessel- und Behälterbau (einschl. Dampfkesselbau)	%	21,9	21,6	16,8	14,6	13,6	
III.	<b>Anteile am Verarbeitenden Gewerbe<sup>f</sup></b> <b>Ostdeutschlands:</b>							
	Beschäftigte	%	10,5	10,6	10,9	11,4	11,3	
	Umsatz	%	7,6	7,5	7,3	7,5	7,3	
	Auslandsumsatz	%	2,2	2,7	2,8	2,6	2,8	
	Bruttoanlageinvestitionen	%	4,8	4,4	4,7	5,6	.	
IV.	<b>Ausgewählte Ost/West-Vergleichsdaten:</b>							
1.	Arbeitsproduktivität <sup>g*</sup>	O	1.000 DM	57,7	60,8	.	.	.
		W	1.000 DM	89,8	91,4	.	.	.
	<i>Stahl- und Leichtmetallbau</i>	O	1.000 DM	55,7	59,8	.	.	.
		W	1.000 DM	87,1	88,0	.	.	.
2.	Anteil der Kosten am Bruttoproduktionswert <sup>d*</sup>	O	%	102,0	101,3	.	.	.
		W	%	97,5	97,8	.	.	.
	<i>Stahl- und Leichtmetallbau</i>	O	%	101,1	99,1	.	.	.
		W	%	97,3	98,0	.	.	.
3.	Lohnstückkosten <sup>h*</sup>	O	%	70,6	68,4	.	.	.
		W	%	64,1	64,2	.	.	.
4.	Löhne und Gehälter je Beschäftigten	O	1.000 DM	41,2	42,2	42,3	43,0	.
		W	1.000 DM	57,7	59,0	59,4	60,5	.
5.	Bruttoanlageinvestitionen je Beschäftigten <sup>i</sup>	O	1.000 DM	11,8	11,4	11,1	11,5	.
		W	1.000 DM	8,5	8,9	9,5	11,2	.

<sup>a</sup> Abteilung 28 der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93); Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr, außer:  
<sup>\*</sup> Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr. – <sup>b</sup> Ab 1997 erweiterter Berichtskreis (Ergebnis der Handwerkszählung). – <sup>c</sup> Einschließlich tätiger Inhaber und mithelfender Familienangehöriger. – <sup>d</sup> Ohne Umsatzsteuer. – <sup>e</sup> Unbereinigt, in jeweiligen Preisen. – <sup>f</sup> Ohne Verlagsgewerbe und ohne Recyclinggewerbe. – <sup>g</sup> Bruttowertschöpfung (unbereinigt), in jeweiligen Preisen, je Beschäftigten. – <sup>h</sup> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zur Bruttowertschöpfung (unbereinigt), in jeweiligen Preisen, je Beschäftigten. – <sup>i</sup> Beschäftigtenzahl: September des jeweiligen Jahres.

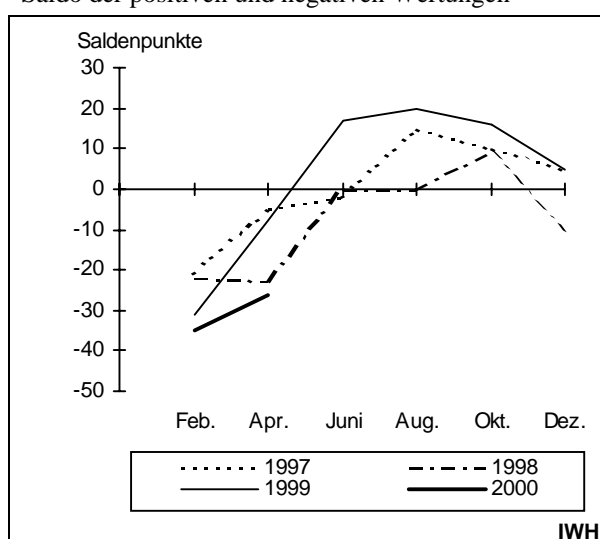
Geringe Differenzen durch Rundungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

## Ostdeutsches Baugewerbe: Frühjahrsbelebung schwach

Die Stimmung im ostdeutschen Baugewerbe hat sich im April laut Umfrage des IWH – dem Saisonmuster entsprechend – etwas gebessert. Ausschlaggebend dafür war die leichte Belebung der Geschäftslage im Hoch- und Ausbau. Die Geschäfte im Tiefbau wurden dagegen schlechter bewertet als im Februar dieses Jahres. Zugleich bleiben alle Sparten mit ihren Wertungen zur Geschäftslage deutlich unter Vorjahresniveau.

Abbildung 1:  
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



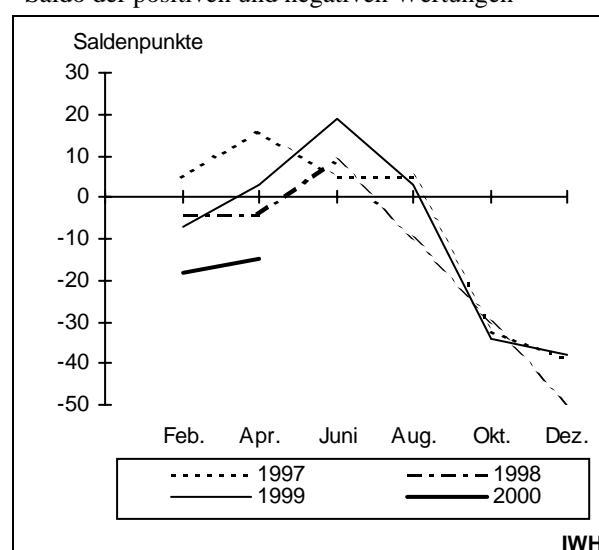
Quelle: IWH-Bauumfragen.

Auch die amtliche Statistik signalisiert die anhaltende Schwäche. So lagen die Auftragseingänge in den ersten beiden Monaten dieses Jahres mit 11 % erneut deutlich unter dem Niveau vom Vorjahr, wobei sich der bereits seit einiger Zeit zu beobachtende Rückgang im Wohnungsbau mit real 27 % kräftig fortgesetzt hat. Zwar kam es zum Jahresanfang im gewerblichen und sonstigen öffentlichen Tiefbau zu einem Auftragsschub im Vergleich zum Vorjahr, dieser wird aber durch den schwächeren Straßenbau sowie Verschlechterungen im gewerblichen und öffentlichen Hochbau mehr als nur kompensiert. Neben der weiterhin rückläufigen Produktion haben sich laut Umfrage auch die immer noch unter Druck stehenden Baupreise und die Liquiditätsprobleme im aktuellen Stimmungsbild der Unternehmen niedergeschlagen. Diese werden nach einer Abschwächung im Dezember des Vorjahres nun wieder zunehmend

kritischer eingeschätzt. Alles in allem dominieren weiterhin die Pessimisten. Bei 51 % der Befragten laufen die Geschäfte nach eigenen Angaben eher schlecht und bei 12 % sogar ausgesprochen schlecht. Positiv bewerten nur 37 % der Bauunternehmen ihre aktuelle Geschäftslage.

Die Geschäftserwartungen der Unternehmen für die kommenden Monate lassen keine wesentliche Besserung erkennen. Die sonst übliche Belebung

Abbildung 2:  
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Bauumfragen.

fällt im Tief- und Ausbau ungewöhnlich schwach aus, im Hochbau ist sie gänzlich ausgeblieben. Zudem wird das vergleichbare Vorjahresniveau überall deutlich verfehlt. Dabei stellt sich das für den Spätsommer erwartete Baugeschäft besonders ungünstig für das Bauhauptgewerbe dar. Dessen Geschäftsaussichten bleiben per saldo weiterhin negativ und erreichen sogar das niedrigste in einem April gemessene Niveau. Dagegen halten sich im Ausbaugewerbe die Optimisten und Pessimisten etwa die Waage.

Die Lage im ostdeutschen Baugewerbe dürfte damit bis weit in das Jahr 2000 hinein angespannt bleiben. Der Produktionsrückgang wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit im Vergleich zum Vorjahr verstärken.

Brigitte Loose  
(blo@iwh.uni-halle.de)

Tabelle 2:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe – April 2000

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Apr 99	Feb 00	Apr 00	Apr 99	Feb 00	Apr 00	Apr 99	Feb 00	Apr 00	Apr 99	Feb 00	Apr 00	Apr 99	Feb 00	Apr 00
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup> -														
Geschäftslage															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	<b>9</b>	<b>9</b>	<b>8</b>	<b>37</b>	<b>24</b>	<b>29</b>	<b>42</b>	<b>52</b>	<b>51</b>	<b>12</b>	<b>15</b>	<b>12</b>	<b>-8</b>	<b>-35</b>	<b>-26</b>
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe	6	8	8	38	21	26	44	53	52	11	18	14	-11	-41	-34
darunter <sup>b</sup>															
Hochbau	7	7	10	41	21	27	41	53	48	11	19	15	-4	-44	-28
Tiefbau	6	9	3	32	22	24	49	53	62	13	16	12	-24	-37	-47
Ausbaugewerbe	15	10	9	37	29	35	38	52	48	11	9	8	3	-22	-13
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	14	9	11	38	24	24	34	45	45	14	22	21	4	-34	-31
20 bis 249 Beschäftigte	9	9	7	35	23	32	45	55	51	10	13	10	-11	-36	-21
250 und mehr Beschäftigte	0	7	7	58	36	31	25	36	62	17	21	0	17	-14	-23
<b>Statusgruppen</b>															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	2	6	4	36	22	23	44	56	62	18	16	11	-2	-43	-46
Neugründungen	19	20	5	37	25	38	43	43	42	1	12	15	13	-11	-14
Bauhandwerk	13	6	13	38	26	25	41	53	48	9	15	14	0	-36	-25
Geschäftsaussichten															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	<b>10</b>	<b>6</b>	<b>9</b>	<b>41</b>	<b>35</b>	<b>34</b>	<b>39</b>	<b>50</b>	<b>49</b>	<b>9</b>	<b>9</b>	<b>9</b>	<b>3</b>	<b>-18</b>	<b>-15</b>
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe	9	5	8	42	33	30	39	52	51	10	10	11	2	-24	-23
darunter <sup>b</sup>															
Hochbau	10	6	10	48	35	31	34	50	49	8	9	11	17	-18	-20
Tiefbau	7	5	5	31	28	30	46	56	54	15	12	11	-24	-35	-30
Ausbaugewerbe	14	9	10	40	39	40	40	45	45	5	7	5	9	-4	1
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	10	8	12	43	32	32	41	45	40	6	15	17	6	-20	-13
20 bis 249 Beschäftigte	11	6	9	39	35	37	40	51	48	10	8	6	0	-19	-8
250 und mehr Beschäftigte	8	7	8	58	36	23	33	50	69	0	7	0	33	-14	-38
<b>Statusgruppen</b>															
Bauindustrie															
Privatisierte															
Unternehmen	7	3	3	40	32	32	38	59	55	15	6	10	-6	-30	-29
Neugründungen	22	14	9	36	36	37	39	46	40	3	4	15	17	1	-10
Bauhandwerk	10	6	17	43	38	36	43	43	41	4	13	6	5	-12	5

<sup>a</sup> Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – <sup>b</sup> Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.